

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Lillengasse Nr. 12

Insertionspreis pro dreispaltige Pettizelle 30 Pfg., für Mitgliederhalften 20 Pfg.

Aus dem Rechenschaftsbericht der Generalkommission.

Der Bericht über die reichhaltige Tätigkeit der Generalkommission im Jahre 1908 liegt seit kurzem vor und wollen wir hier die Hauptpunkte aus demselben wiedergeben.

Die Generalkommission beschäftigte auch im Berichtsjahre wiederum ein sozialpolitischer Gesandtschaftsmitglied größeren Umfangs, und zwar der des **Arbeitskammergesetzes**, welchen die Reichsregierung dem Parlamente im November 1908 vorlegte. Er hat jetzt die Kommission passiert und wird demnächst dem Plenum wieder zugehen. Da bei dem gegenwärtigen Stande der gewerkschaftlichen Organisation in Deutschland das Verlangen nach einer gesetzlichen Vertretung derselben im Wirtschaftsleben nicht mehr in dem Maße vorliegt wie früher, als die Verbände noch schwach waren, glaubte die Generalkommission von vornherein dem Plane der Regierung keine allzu große Bedeutung beimessen zu müssen. Sie hat infolgedessen von einer umfassenden Agitation zur Propagierung der Wünsche der organisierten Arbeiterschaft zu der Materie abgesehen, obgleich die Regierung, wie bald selbstverständlich, in ihrem Entwurfe auf solche Wünsche keinerlei Rücksicht genommen hatte. Inzwischen ist ja die Vorlage in manchen Punkten in der Reichstagskommission verbessert worden; insbesondere wurde beschlossen — dank dem Eingreifen unsrer Genossen —, daß auch Gewerkschafts- und Arbeitersekretäre zu Mitgliedern in diese Kammern gewählt werden können. Die Regierung lehnte zwar diese Bestimmung als unannehmbar ab, ob sie aber auch bei den kommenden Beratungen im Plenum diesen Standpunkt aufrecht erhalten wird, steht noch dahin.

Weiter hat die Generalkommission sich eingehend mit der Frage der **Heimarbeit** befaßt, da sich der Reichstag gleichfalls in der laufenden Session mit ihr beschäftigte. Die Regierung brachte eine Novelle zur Gewerbeordnung ein, durch welche die Heimarbeit — freilich in ganz unzulänglicher Weise — geregelt werden soll. Durch die letzte Berliner Heimarbeitsausstellung war die Deffentlichkeit, soweit sie noch einiges sozialpolitisches Gewissen hatte, wieder einmal ausgerüttelt worden und die Regierung sah sich zu dem Versuch einer Einschränkung dieser Pest am Wirtschaftskörper gedrängt. Die Handelskammer in Berlin trat nun mit einer umfangreichen Denkschrift an den Reichstag heran, um den Eindruck der Ausstellung nachträglich abzuschwächen. Die Generalkommission sah sich deshalb veranlaßt, durch diejenigen Zentralorganisationen, die an der Heimarbeit interessiert sind, die Angaben jener Denkschrift nachprüfen zu lassen, und das auf diese Weise zusammengetragene Beweismaterial wurde nun gleichfalls den Reichsboten übermittelt.

Eine Friedensdemonstration wurde am 20. September 1908 in Gemeinschaft mit dem Vorstande der sozialdemokratischen Partei, der Berliner Gewerkschaftskommission und den Berliner Parteiorganisationen veranstaltet; der Gedanke war von der internationalen Friedensliga, die in London ihren Sitz hat, ausgegangen. Die Demonstration nahm einen sehr befriedigenden Verlauf; es beteiligten sich an ihr mehrere englische Delegationen.

Sichtlich der **Maibemonstration** war nach langen Verhandlungen zwischen dem Parteivorstand und der Generalkommission ein Uebereinkommen, betreffend die Unterstützung derjenigen getroffen, die infolge Ruhenlassens der Arbeit am 1. Mai ausgesperrt werden. Der Gewerkschaftskongreß in Hamburg nahm diese Vereinbarung unbedingend an, obgleich er sie nicht in allen Punkten für befriedigend hielt. Er beauftragte deshalb die Generalkommission, nochmals mit dem Parteivorstand über eine

andertweilige Regelung der lokalen Unterstützung zu verhandeln. Erneute Unterhandlungen in der Sache führten jedoch zu keinem andern Ergebnis, als es in der getroffenen Vereinbarung vorlag. Der Parteitag in Nürnberg folgte jedoch nicht dem Beispiel, das der Gewerkschaftskongreß gegeben hatte und lehnte einige Bestimmungen ab, die von entscheidender Bedeutung für die Durchführung der getroffenen Vereinbarungen waren. Dadurch war diese hinsichtlich gemorden und muß es daher vorläufig bei der bisherigen Art der Unterstützung der infolge der Maibemonstration Ausgesperrten verbleiben. Die von dem Gewerkschaftskongreß angenommenen, von dem Parteivorstand und der Generalkommission ausgearbeiteten Vorschläge für eine **Organisation zur Erziehung der Jugend** wurden auch von dem Parteitag in Nürnberg unverändert angenommen. Es konnte deshalb die Durchführung der Vorschläge erfolgen. Es wurde eine Zentralkommission eingesetzt, der vier Vertreter des Parteivorstandes (darunter ein Mitglied des Bildungsausschusses), vier Vertreter der Generalkommission (darunter ein Mitglied des Arbeiterinnen-Komitees) und vier Vertreter der Jugendlichen angehören. Die Kommission beschloß, eine Zeitung für die arbeitende Jugend herauszugeben. Das Blatt: „**Arbeiterjugend**“ erscheint seit dem 30. Januar 1909 alle 14 Tage in Berlin. Von der Zentralstelle wurden sodann Anweisungen für die örtlichen Jugendkommissionen gegeben, nach welchen die Einrichtungen und Veranstaltungen zu treffen sind, die zur freien Erziehung der Jugend dienen sollen. Die Jugendausschüsse sollen von den Gewerkschaftskartellen und den örtlichen Parteiorganisationen eingesetzt werden. Die betreffenden Zuschriften sind deshalb von der Generalkommission an die örtlichen Gewerkschaftskartelle und von dem Parteivorstand an die Vertrauensleute der Partei gesandt. Soweit zurzeit die Sache sich übersehen läßt, ist der Anforderung, Jugendausschüsse einzusetzen, in allen Orten entsprochen worden, in welchen eine Einrichtung zur Erziehung der Jugend getroffen werden kann.

Entsprechend dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses berief die Generalkommission eine Konferenz der Hausangestellten, nachdem durch Umfrage bei den bestehenden Vereinen eine Uebersicht über den Stand der Organisation der Hausangestellten gewonnen war. Auf Grund der Ergebnisse dieser Statistik kam die Konferenz zu dem Beschluß, einen **Verband der Hausangestellten** zu gründen. Der Verband erhielt seinen Sitz in Berlin und ist mit dem 1. April 1909 in Funktion getreten.

Nach Verständigung mit dem Fabrikarbeiterverband und Stellungnahme der Gewerkschaftsvertreter Bayerns beschloß eine von der Generalkommission einberufene Landarbeiterkonferenz in Berlin die Gründung eines **Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergsarbeiter**. Sein Sitz wurde nach Berlin verlegt, und soll ein zunächst monatlich einmal erscheinendes Organ zur Ausgabe gelangen.

Angeschlossen hat sich im Berichtsjahre an die Generalkommission der Verband der Isolierer und Steinhölzleger, der bisher der sogenannten Freien Vereinigung der Gewerkschaften angehörte.

Die Generalkommission hatte sich ferner mehrfach mit Beschwerden zu beschäftigen, die über das in einzelnen Orten beliebte Verfahren geführt wurden, durch Sammlungen in ganz Deutschland die Mittel zum Bau eines Gewerkschaftshauses oder Versammlungslokales zu beschaffen. Es wurden von den Organisationen einzelner Orte Anteilsscheine oder auch Bons zur Abnahme an die Gewerkschaftskartelle verschickt, oder es wurde auch direkt um Ueberweisung von Beiträgen gebeten. Die Generalkommission sah sich veranlaßt, in allen Fällen die in Betracht kommenden Organisationen zu ersuchen, die versandten Materialien zurückzuziehen, weil ein solches Verfahren, von einer große-

ren Anzahl von Gewerkschaftskartellen eingeschlagen, sich in ganz kurzer Zeit als völlig zwecklos erweisen müsse. Die Erfahrung hat aber auch gelehrt, daß nur in solchen Orten Gewerkschaftshäuser errichtet werden können, in denen die Mittel vor dem Kauf eines Grundstückes oder dem Beginn des Baues in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, sei es, daß die Gewerkschaften selbst oder Privatpersonen die Summen freistellen. Wo dies nicht der Fall ist, sollte man auf ein solches Unternehmen verzichten.

Die Generalkommission berichtet weiter über eine große Agitationstätigkeit in den organisatorisch zurückgebliebenen Landesteilen und über die in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand eingeleitete Agitation, betreffend die dem Reichstage zugegangene Novelle zur Gewerbeordnung. Das Material hierüber wurde zu einer Broschüre zusammengestellt und den in Frage kommenden Instanzen an die Hand gegeben.

Die vier **Unterrichtskurse**, die in der Zeit vom September 1908 bis April 1909 stattfanden, wurden von zusammen 277 Teilnehmern besucht. Darunter von unsrer Organisation 7. Die Dauer der einzelnen Kurse ist auf sechs Wochen verlängert worden.

Die Materialien für die von der Generalkommission veranstalteten Statistiken sind von einer hierzu eingesetzten Kommission einer Nachprüfung unterzogen und zum Teil wesentlich geändert worden. Befragt wird in dem Bericht, daß bei aller Bereitwilligkeit auf Seiten der Gewerkschaften, mit der sich diese den vom Reichsstatistischen Amt gewünschten Arbeiten unterziehen, die amtlichen Statistiken, und vornehmlich die Streikstatistik, nach wie vor weder zuverlässig noch einwandfrei sind. Eine Aenderung ist nach den Erklärungen des Staatssekretärs gelegentlich der Beratung des Stats im Reichstag kaum zu erhoffen.

Auf den im Berichtsjahre stattgefundenen Generalversammlungen und Kongressen der Zentralorganisationen war die Generalkommission mit Ausnahme von zweien vertreten gewesen.

Das „**Correspondenz-Blatt**“ hat auch in diesem Jahre eine erhebliche Ausdehnung seines Inhalts erfahren. In den statistischen Beilagen gelangen nicht allein die von der Generalkommission aufgenommenen und bearbeiteten Erhebungen über die Gewerkschaften, deren Lohnbewegungen und Streiks, sowie über die Gewerkschaftskartelle und Arbeitersekretariate zur Veröffentlichung, sondern es ist auch die Sozialstatistik in das Bereich der darstellenden Bearbeitung einbezogen worden. So wurden im Berichtsjahr zusammenfassende Darstellungen über den „**Deutschen Arbeiterschutz**“, über die gesamte „**Deutsche Arbeiterbewegung**“, über die „**Gewerbe-, Berg- und Kaufmannsgericht**“ und über die „**Lage des Arbeitsmarktes**“ gegeben. Die sozialstatistische Uebersicht soll in den nächsten Jahren noch weiter ausgebaut werden. Die in Aussicht genommene Schaffung einer besonderen, monatlichen „**Literatur-Beilage**“ des „**Correspondenz-Blatt**“ ist im laufenden Jahrgang verwirklicht worden. Auch die Adressenverzeichnisse sind wesentlich vervollkommen worden durch Aufnahme der Adressen der Gewerkschaften des Auslandes und der deutschen Gewerbe-Inspektionen. Die Auflage des „**Correspondenz-Blatt**“ stieg von 23 600 im Dezember 1907 auf 25 800 Ende Dezember 1908.

Die beiden fremdsprachigen Blätter, „**L'Operaio Italiano**“ und „**Oswiata**“, sind, soweit zugänglich, inhaltlich ausgestaltet worden. In bezug auf Umfang und Erscheinungsweise sind Aenderungen im Berichtsjahre nicht eingetreten. Im Berichtsjahre betrug die Auflage von „**L'Operaio Italiano**“ im Jahresdurchschnitt 10 444 Exemplare gegen 12 820 im Jahre 1907, und von „**Oswiata**“ 6084 Exemplare gegen 6305 im Jahresdurchschnitt von 1907.

Das Arbeiterinnensekretariat hat im Berichtsjahre in gleicher Weise wie in den Vorjahren gearbeitet. Lassen sich

auch die Erfolge, welche durch diese Zentralstelle für die gewerkschaftliche Arbeiterinnenbewegung erzielt sind, nicht in Zahlen ausdrücken, so steht doch fest, daß durch diese Einrichtung die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen eine wesentliche Förderung erfahren hat.

Der Kassenbericht weist einschließlich eines Bestandes von M 348 232,89 eine Gesamteinnahme von M 661 016,98 auf; die Gesamtausgabe betrug sich auf M 227 551,47, der Vermögensbestand auf M 438 465,46. Der Fonds für Streiks und Aussperrungen schloß 1907 mit einem Bestand von M 4776,12; am Schlusse des Berichtsjahres waren nur noch M 480,88 vorhanden. Aus diesem Fonds, dem durch die Gewerkschaftskarteile M 8704,46 zugeführt wurden, so daß er mit dem erwähnten Bestand zusammen M 8480,58 betrug, sind unterstützt worden die ausgesperrten Stricker in Arbon, die streikenden Strumpfmacher in Wilna, die streikenden Eisenbahnarbeiter in Bulgarien und die ausgesperrten Metallarbeiter in Finnland.

Auch aus diesem Bericht ist wiederum ersichtlich, wie mit der unablässigen Vormärtsentwicklung den Organisationen der Arbeiterklasse ständig neue Aufgaben erwachsen und alle ihre Kräfte in Anspruch nehmen. Die Entwicklung hat aber auch gelehrt, daß die Kräfte der Arbeiterklasse immer allen Aufgaben gewachsen waren.

Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden.

Die Statistik des Kaiserl. Statistischen Amtes über die Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden baut sich mehr und mehr aus und liefert damit immer zuverlässigeres und deutlicheres Material über die Arbeitslosigkeit, von der die Mitglieder der Gewerkschaften heimgekehrt sind.

Bei der anfangs April d. J. erfolgten Zählung wurden 50 Verbände mit 1 302 706 Mitgliedern erfasst. Das Ergebnis der Erhebung ist folgendes: Am Tage der Zählung (27. März) waren arbeitslos gemeldet am Orte 40 719, auf der Reise 3714, das sind 2,6 pZt. aller Mitglieder. In der vierten Quartalswoche betrug diese Verhältniszahl 4,2 pZt., in der achten Woche 4,1 pZt., am Beginn des Quartals 4,4 pZt. Danach ist also im Verlauf des Quartals eine Besserung eingetreten, die allerdings nicht besonders erheblich ist.

Ein genaues Bild von der Arbeitslosigkeit geben diese rohen Zahlen nicht, dazu ist nötig, auf die Gestaltung der Arbeitslosenziffern in den einzelnen Verbänden einzugehen. Die größte Arbeitslosigkeit bestand bei den Glasern mit 17,6 pZt. Arbeitslosen am Schlusse des Quartals, den Bildhauern mit 16,2 pZt. und den Frisuren mit 11,6 pZt. Unser Beruf steht mit 5,6 pZt. Arbeitslosen an zweiter Stelle. Gegen das Vorjahr ist bei uns die Arbeitslosigkeit etwas geringer, was auch in dem Bericht über die Arbeitslage im Monat März zum Ausdruck kommt und aus der Zahl der Arbeitslosenfälle hervorgeht. Wir verzeichnen im ersten Quartal d. J. 22,6 pZt. Fälle von Arbeitslosigkeit, gegen 24,3 pZt. im gleichen Quartal des Vorjahres. Bei allen Verbänden zusammen ist hier eine Verschlechterung eingetreten: es wurden 12,7 pZt. Arbeitslosenfälle ermittelt gegen 11,2 pZt. im vierten Quartal 1908 und 9,2 pZt. im ersten Quartal 1908. Besonders groß ist die Verschlechterung bei den Glasern, Säckern, Fabrikarbeitern und Schmieden, während eine relative Besserung, außer in unserm Beruf, bei den Frisuren, Bildhauern, Handschuhmachern, Leberarbeitern usw. zu verzeichnen ist.

Die Zahl der Fälle von Arbeitslosigkeit betrug bei allen Verbänden 161 585, bei unserm Verband 3332. Die Dauer der Arbeitslosigkeit betrug bei allen Verbänden im Durchschnitt 22,7 Tage, bei unserm Verband 17 Tage, gegen 14 Tage im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Wir hatten also wohl etwas weniger Arbeitslosenfälle, aber die Dauer der Arbeitslosigkeit war eine nicht unerheblich längere.

Von allen Verbänden zusammen wurden für 2 348 777 Unterstützungstage M 2 965 112 Unterstützung zur Auszahlung gebracht, M 775 524 mehr als im vierten Quartal 1908. Diese Zahlen sind aber durch den fortgesetzten Wechsel der Mitgliederzahlen beeinflusst. Vergleicht man mit dem Vorjahr nur die gleichen Verbände, dann ergibt sich, daß M 1 112 847 mehr als im Vorjahr an Unterstützung zur Auszahlung gelangten. Die durchschnittliche Unterstützungssumme betrug M 27,58 (im Vorjahr M 28,35) pro Mitglied.

Unser Verband zahlte im letzten Quartal für 18 053 Unterstützungstage M 19 883 Ordnumersunterstützung und außerdem M 1062 Reiseunterstützung. Wie sich die Arbeitslosigkeit im ersten Quartal 1909 und im Jahre 1908 für unsere Mitglieder gestaltet, zeigt noch folgende Tabelle.

Arbeitslos am Ort insgesamt	Unterstützte am Ort	Gesamtzahl der Arbeitslosentage	Unterstützungssumme		Von 100 Mitgliedern waren arbeitslos		Auf jed. Fall kamen Arbeitslosentage	
			am Ort	auf d. Reise	am Ort	auf d. Reise		
1. Qu. 1908	3375	1168	47680	19614	846	24,3	3,9	14,1
2. " 1908	8478	980	51879	17789	2133	25,3	3,2	14,8
3. " 1908	3436	1085	56458	19358	1872	24,7	5,8	16,4
4. " 1908	3051	980	51571	12107	1512	21,1	3,4	16,9
1. " 1909	3332	1094	57287	19883	1062	22,6	3,6	17,2

Arbeiterschutz in den Bäckereien und Konditoreien im Großherzogtum Hessen.

Im Jahre 1908 war eine neue Polizeiverordnung für die hessischen Bäckereien erlassen worden; dies gab dem Darmstädter Gewerbe-Inspektor den Anlaß, an einer Sitzung der Bäckereinnung teilzunehmen. Wichtiger als dies ist wohl die Feststellung, daß die der Fabrikinspektion zugeteilten „Gehilfen aus dem Arbeiterstande“ in starkem Maße für die Inspektion der Bäckereibetriebe in Anspruch genommen werden, wodurch eine erhöhte Gewerbeaufsicht für diese Betriebe durchgeführt wird. So wurden im Aufsichtsbezirk Darmstadt von 326 Bäckereien und Konditoreien 325 revidiert, und zwar in 447 Revisionen, im Aufsichtsbezirk Offenbach wurden sämtliche 333 Bäckereien und Konditoreien in 554 Revisionen besucht. Für

den Aufsichtsbezirk Gießen wird festgestellt, daß alle 124 Bäckereien in 216 Revisionen untersucht wurden. Ungünstiger war das Verhältnis im Aufsichtsbezirk Mainz, wo von 873 Bäckereien 283 und nur ganz vereinzelt mehrmals revidiert wurden; von den 288 Bäckereien des Aufsichtsbezirks Worms wurden 207 in 276 Revisionen inspiziert. Es ist dies somit, wenn auch noch immer nicht ein zufriedenstellendes Resultat, doch unzweifelhaft das Beste, das bisher von der Aufsichtstätigkeit der Gewerbeinspektionsbeamten angeführt werden kann. Daß dies lediglich zurückzuführen ist auf die endliche, wenn auch nur teilweise Erfüllung einer Forderung der Arbeiter, nämlich auf Zuziehung von Massengenossen zur Gewerbeinspektion, sei nur nebenbei erwähnt. Neben dieser intensiven Inspektion lief eine durch die Polizeibehörden, die freilich das merkwürdige Ergebnis zeitigte, daß die Polizeibehörden ganz andre Zahlen für die revisionspflichtigen Bäckereien und Konditoreien anführen, als die Gewerbeaufsichtsbeamten. Nach den von den Ortspolizeibehörden eingereichten Nachweisungen gab es im Aufsichtsbezirk Darmstadt 406 revisionspflichtige Bäckereien, von denen 403 in 812 Revisionen beaufschlagt wurden. Für den Aufsichtsbezirk Offenbach werden für das Jahr 1908 359 Bäckereien und Konditoreien angegeben, von denen 280 im Kreise Offenbach, 67 im Kreise Dieburg, 62 im Kreise Erbach vorhanden waren. Von den 359 revisionspflichtigen Betrieben wurden bloß 155 von der Polizei revidiert, und zwar in 237 Revisionen. In 359 nachgewiesenen Bäckereien und Konditoreien des Jahres 1908 standen gegenüber im Jahre 1907 300, im Jahre 1906 244, im Jahre 1905 228 und im Jahre 1904 199, so daß die Zahl der Bäckereibetriebe immer mehr wuchs. Ob dies auf genauere Feststellungen der Behörden oder auf anderen Umständen beruht, kann von uns nicht festgestellt werden. Interessant ist auch die Tatsache, daß in den Jahren 1904 bis 1907 die Zahl der revidierten Bäckereien größer war als im Jahre 1908. Im Aufsichtsbezirk Gießen wurden sämtliche 124 von der Polizei als revisionspflichtig bezeichneten Bäckereien und Konditoreien inspiziert und zwar in 496 Revisionen. Im Aufsichtsbezirk Mainz wurden 273 Bäckereien und Konditoreien als revisionspflichtig bezeichnet, die sämtlich, und zwar in 570 Revisionen, besucht wurden.

Wie wenig man aus diesen statistischen Angaben zu weitgehenden Schlüssen ziehen darf, geht aus der immer wiederkehrenden Mitteilung der Fabrikinspektoren hervor, daß die Steigerung der Zahl der betriebl. Betriebe auch auf die Einbeziehung kleinerer Werkstätten und bisher nicht bekannter Betriebe zurückzuführen ist. Der Fabrikinspektor für den Aufsichtsbezirk Düsseldorf stellt dies z. B. ganz ausdrücklich für die Bäckereien fest; er konstatiert ferner, daß die Bestimmungen der Verordnung noch immer von einer Anzahl Unternehmer nicht beachtet werden. Namentlich auf dem Lande richte sich der Unternehmer Beginn und Ende der Schichten nicht nach der Vorschrift, sondern nach dem augenblicklichen Bedarf ein; er läßt es vielfach an Ueberwachungen fehlen, so daß Gehilfen und Lehrlinge mit der Einteilung der Arbeit sich selbst überlassen sind. Tritt dann wirklich eine Ueberbeschäftigung ein, so wird die Schuld gern auf die Arbeiter geschoben, die sich mehr mit der Arbeit hätten beeilen sollen. In einzelnen Fällen stießen die Beamten auf absichtliche Nichtachtung der Vorschriften, ja selbst auf grundsätzliche Weigerung.

Ein Bäckermeister auf dem Lande wurde im Jahre 1908 wegen Ueberbeschäftigung von zwei Lehrlingen mit M 100 bestraft, gegen einen zweiten Meister war dieselbe Strafe ergangen. Bei der Berufungsverhandlung konnte jedoch eine tatsächliche Ueberbeschäftigung der Arbeitsdauer nicht nachgewiesen werden, obgleich sich die Zeit der Beschäftigung oft von 3 Uhr nachts bis 5 und 5½ Uhr abends ausdehnte. Man sieht, wie peinlich genau die Gerichtsbehörden sind, wenn es sich um die Bestrafung eines Unternehmers handelt, während die Gerichte zu einer Verurteilung der Arbeiter viel leichter auf Grund eines einfachen Wahrscheinlichkeitsbeweises gelangen konnten. Der beschäftigte Lehrling stand im dritten Lehrjahre, er durfte also einschließlich einer Stunde Pause drei bis vier Stunden arbeiten. Fehlte an der Schicht ein gewisser Zeitraum, so wurde dieser durch gelegentliche Dienstleistungen nachgeholt. Dazu kam öfters noch die Beteiligung bei der Herstellung des Vorteiges, die nach Ansicht des Gerichtes auch in die ununterbrochene Ruhezeit verlegt werden konnte. Der wohl vertrauensselig veranlagte Mainzer Gewerbe-Inspektor findet, daß die Bäckereiverordnung kaum zu besonderen Beanstandungen Anlaß gibt. Er fand, daß die Ueberarbeitsstage nur wenig in Anspruch genommen wurden. Die früher bekannt gewordenen Ueberbeschäftigungen geschahen fast ausschließlich in der Stadt Mainz. Hier hat die nunmehr seit zwei Jahren bestehende Bäckerei der Spar-, Konsum- und Produktionsgenossenschaft einen großen Einfluß ausgeübt, indem dort mit einem Bademeister und 15 Gehilfen in dreischichtigem Betrieb mit guten Arbeitsmaschinen über eine halbe Million Brote, etwa drei Millionen Frühstücksbrötchen und eine große Menge der verschiedensten Kuchen hergestellt werden. Im Aufsichtsbezirk Worms wurde ein Bäckermeister bestraft, der seinem Lehrling nicht die vorgeschriebene Ruhezeit zukommen ließ.

Von Ueberbeschäftigungen der Sonntagsruhe weiß der Bericht so manches zu melden. So erzählt der Darmstädter Gewerbeaufsichtsbeamte, daß die Ueberbeschäftigung des festgelegten Arbeitschlusses am Sonntag häufig in den Bäckereien vorkommt. Sie geht meist Hand in Hand mit den willkürlichen Verlängerungen der gesetzlich begrenzten Arbeitszeit überhaupt. Hier sei bemerkt, daß die behördlichen Verordnungen, welche die Arbeitszeit, die Ruhepausen und den Schluß der Beschäftigung regeln, das Austragen von Bröthen am Sonntag vormittag ausdrücklich als zum Gewerbebetrieb gehörig bezeichnen, nicht aber als zum Handelsgewerbe gehörig ansehen. Wegen Zuwiderhandelns gegen die Vorschriften über das Ende der Arbeitszeit sind im Berichtsjahre sechs Bäckermeister bestraft worden, und zwar drei mit je M 20, je einer mit M 30, 40 und M 100. In drei Fällen schwebte am Schlusse des Jahres das Berufungsverfahren noch. Im Kreise Gießen wurden zwei Bäckermeister, die ihre Gehilfen über die zulässige Beschäftigungsdauer am Sonntag hatten arbeiten lassen, mit je M 5 bestraft. Die meisten Verurteilungen gegen die Bestimmungen der Sonntagsruhe im Aufsichtsbezirk Mainz geschahen in Bäckereien. Hier soll die Arbeit morgens um 8 Uhr beendet sein und

darauf die vierzehnstündige Ruhezeit folgen. Bei Revisionen wurden Gehilfen und auch Lehrlinge angetroffen, als sie noch Backarbeiten verrichteten, Sauer Teig herstellten und auch bis 9½ Uhr Backwaren austrugen, wodurch dann die vierzehnstündige Ruhezeit um anderthalb Stunden gekürzt wurde. Es wurden neun Bäckermeister mit je M 3 bestraft, weil sie je einen Gehilfen oder Lehrling länger beschäftigten, ein Bäckermeister mit M 6, weil er zwei Gehilfen länger beschäftigte. Zwei Bäckermeister beschäftigten je zwei Gehilfen länger und erhielten Strafen von je M 4, ein Bäckermeister beschäftigte drei Gehilfen länger, er wurde bestraft mit M 6. Ferner wurden drei Bäckermeister mit je M 4 bestraft, weil sie je einen Gehilfen länger beschäftigten, und ein Bäckermeister mit M 5, weil er zwei Gehilfen noch nach 8 Uhr morgens beschäftigte.

Lohnbewegungen und Streiks.

Tarifbewegung in Wiesbaden. Die Wiesbadener Kollegen befinden sich schon längere Zeit in einer Bewegung, um in den bisherigen Tarif, der 1906 abgeschlossen wurde, wenigstens einige unumgänglich notwendige Verbesserungen hinein zu bringen.

Bereits 1901 war es gelungen, die dortige Innung zum Abschluß von Vereinbarungen zu bringen, aber die damals halb wieder einsetzende Gleichgültigkeit der Kollegen verschuldete, daß hinterher von einem solchen nicht mehr viel die Rede war. Es dauerte fünf Jahre, ehe die Organisation wieder soweit war, daß sie mit neuen Forderungen an die Meister herantreten konnte. Ende April 1906 wurden solche eingereicht, und nach mehreren Verhandlungen gelang es Mitte Mai, wieder Vereinbarungen zum Abschluß zu bringen, durch welche die Kollegen wenigstens einigermaßen menschenwürdige Verhältnisse erzielten. Allerdings kann ruhig behauptet werden, daß die Bäckermeister diese Abmachungen nur eingingen, weil sie hofften, daß sie dieselben ebensowenig zu halten brauchen würden, wie in früheren Jahren.

Aber diesmal hatten sie wohl die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Organisation als solche war sich darüber klar, daß nun auch alles daran zu setzen war, um die Vereinbarungen im vollen Umfange allen Gehilfen zuteil werden zu lassen. Da auch in Mainz und Darmstadt inzwischen die Organisation in die Höhe kam, und in Mainz ebenfalls 1906 ein Lohnkampf stattfand, der mit einem Tarifvertrag endete, wurde der Verbandsleitung am Orte feste Form gegeben und zur Erledigung der Verbandsgeschäfte ein Kollege angestellt. Diesem Umstand ist es zum weitaus größten Teile zuzuschreiben, daß von da ab immer und immer wieder die Einhaltung des Tarifes bei den Meistern durchgesetzt werden konnte. Es gelang zwar nicht, in den Bäckereien den Ertragscharakter in vollem Umfange Geltung zu verschaffen, aber bis auf wenige Ausnahmen sind die Gehilfen der betreffenden Betriebe daran selbst schuld, weil leider diese Kollegen z. B. noch nicht erkannt haben, wach ungebeurer Fortschritt darin liegt, außer Hause essen und schlafen zu können. Wir können Fälle konstatieren, wo wohl auch solche Kollegen zur Einsicht gekommen sind, aber, wie gewöhnlich, zu spät.

Nun zu der jetzigen Tarifbewegung. Angesichts der schlechten Geschäftslage aller Gewerbe haben sich auch die Gehilfen verschiedene Male schon mit der Frage eines neuen Tarifes beschäftigt und sind zu dem Entschluß gekommen, keine Lohnherhöhung zu fordern, sondern nur das, was bereits 1906 gefordert worden war, aber damals nicht bewilligt wurde, mit in den neuen Tarif hineinzubringen. Bereits am 18. Februar fand eine Sitzung mit dem Innungsvorstand statt, und wurde dort vereinbart, daß wir unsere diesbezüglichen Wünsche schriftlich der Innung übermitteln sollten. Diese hatten folgenden Wortlaut:

Abänderungsvorschläge.

Zu Punkt 3. Die Arbeitszeit richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen und werden Ueberstunden mit 50 pZt. vergütet. Zu Punkt 4. An Sonntagen ist die sechzehnstündige Ruhepause einzuhalten. Zu Punkt 7. Die Arbeitsvermittlung erfolgt nur zu den tariflichen Bestimmungen. Eine Zurücksetzung wegen Partei- und Gewerkschaftszugehörigkeit ist nicht statthaft. Zu Punkt 8a. Der Tarif tritt mit dem Tage des Abschlusses in Kraft und wird mit monatlicher Kündigung festgelegt. Erfolgt vor Ablauf dieser Zeit keine Kündigung, so tritt stillschweigend eine Verlängerung auf ein weiteres Jahr ein, so lange, bis eine Kündigung erfolgt. Der kündigende Teil verpflichtet sich, sofort Unterhandlungen zur Abschließung eines neuen Tarifes anzubahnen. b) Der Tarifvertrag wird vor dem Gewerbegericht festgelegt und erstreckt sich auf sämtliche Bäckereien des Stadtbezirkes Wiesbaden. c) Zur Durchführung des Tarifes und zur Beilegung von Differenzen, die aus demselben entstehen, ist ein aus drei Meister- und Gehilfenvertretern bestehendes Tarifamt einzusetzen. Die Meister- und Gehilfenvertreter wählen unter sich je einen Obmann, welche die Beschwerden aus ihren Kreisen entgegennehmen. Die Sitzungen finden nach Bedarf statt; den Schiedspruch haben beide Teile anzuerkennen. d) Der Tarifvertrag ist in allen Bäckereiräumen an leicht ersichtlicher Stelle anzubringen.

Wenn man auf Grund dieser winzigen Abänderungsvorschläge Hoffnung haben konnte, daß die Sache sich ziemlich ruhig abspielen werde, so hat uns die Zeit etwas andres gelehrt. Auch hier haben unsere Meister es fertig gebracht, daß der frühere Bäckergehilfenverein in corpore dem gelben Bunde beigetreten ist, und eben diese selben Macher glauben jetzt, daß die Zeit gekommen, wo sie Früchte ernten könnten. Der Gesellenausschuß, der sich durch einen Wahlschwundel in den Händen der Gelben befindet, hat bereits in der letzten Woche eine Versammlung einberufen, um die Meinung der Gewerkschaft zu hören. Die Antwort, die er bekam, war eine niedererschmetternde. Eine Resolution, die von seiten des Verbandes eingebracht wurde und die dem Gesellenausschuß das Mißtrauen ausdrückt, fand beinahe einstimmige Annahme. Als diese gelbe Gesellschaft sah, daß bis auf eine Handvoll ihrer Anhänger alles gegen sie war, schloß sie die Versammlung, ohne weitere Beschlüsse zu fassen. Auf Aufforderung von unserer Seite gingen von den anwesenden 135 Kollegen 110 mit ins Gewerkschaftshaus, wo gleich eine weitere Versammlung stattfand. Und trotzdem die Versammlung so schmachlich für den Gesellenausschuß verlaufen ist, hat die Innung uns geantwortet, daß sie erst den Bericht des Gesellenausschusses abwarten müsse. Inzwischen waren

schon zehn Tage verstrichen und der Gefellenausschuss hatte noch keine Worte gefunden. Ob die Innung heute noch glaubt, daß diese Gesellschaft in der Lage ist, sie zu retten? Bald scheint es so.

Wie bereits bekannt, ist es inzwischen dem Verband gelungen, mit den Brotfabriken Westenberger, Kupfermühle und Wiesbadener Brotfabrik (Müdrich) einen annehmbaren Tarif abzuschließen. Bei der Gesellschaft besteht auch nach wie vor das Bestreben, auf friedlichem Wege die Angelegenheit zu Ende zu führen; das beweisen schon die vorstehenden Abänderungsvorschläge. Sollte aber die Innung glauben, die Organisation nicht anerkennen zu brauchen, dann dürfte die Arbeiterschaft von Wiesbaden auch noch ein Wort mitsprechen! Deshalb schon jetzt die Augen auf, wer das tägliche Brot liefert!

Tarifabschluss mit einem Bäckerbetrieb in Magdeburg-Varleben. In Varleben b Magdeburg wurde mit dem Bäckereibesitzer Herrn Radack ein Lohn tarif abgeschlossen.

Nachdem die Forderungen eingereicht waren, antwortete Herr Radack zunächst mit der Entlassung unserer Kollegen und glaubte, die Sache sei damit abgetan. Aber die Konsumanten machten die Angelegenheit zu der ihren und unterstützten die kämpfenden Bäcker. So gelang es endlich am 18. Mai, Frieden zu schließen und den Abschluss eines Tarifvertrages mit bedeutenden Verbesserungen herbeizuführen. Die Löhne wurden pro Mann um M 1 bis M 1,50 pro Woche erhöht. Die Arbeitszeit wurde auf elf Stunden täglich festgesetzt sowie der Arbeitsnachweis der Organisation anerkannt. Die Arbeitswilligen werden entlassen und die alten Leute wieder eingestellt.

Magdeburger Kollegen! Lernt aus diesem Vorgang, was durch Einigkeit und festes, solidarisches Verhalten durch die Organisation zu erreichen ist.

Streik in der Ostdeutschen Brotfabrik in Königsberg. Nachdem schon im Februar (siehe Nr. 8 des Organ) die Kollegen in obengenannter Firma infolge drohender Verschlechterungen ihrer Arbeitsverhältnisse durch den neuen Inhaber namens Scheer gezwungen worden waren, in eine kurze aber erfolgreiche Abwehrbewegung einzutreten, beabsichtigten sie jetzt durch Einreichung ganz minimaler Forderungen eine Verbesserung ihrer traurigen Lage herbeizuführen. Leider war ihr Versuch bis zur Stunde ohne Erfolg. Die Arbeitsniederlegung erfolgte am 29. April gemeinsam mit den Brotfabrikanten.

Die Zustände in der genannten Fabrik waren in jeder Beziehung die aller schlechtesten. Die Lohnverhältnisse waren miserabel, da sie noch unter den bei den Bäckern üblichen standen. Auch die Behandlung bei der Arbeit ließ viel zu wünschen übrig. Scheer befolgte die Arbeit, recht bald und recht viel Gewinn aus seinem Betrieb, aus den Knochen der Arbeiter herauszuwirtschaften. Er zahlte bis dato in einer Stadt wie Königsberg (annähernd 250 000 Einwohner) den Bäckern einen Lohn von M 19 für eine sechseinhalbstündige Arbeitsleistung. Daß ihm das noch zu viel war, bewies er durch sein Vorgehen im Februar. Durch das energische Eingreifen des Verbandes wurde die beabsichtigte Lohnreduzierung aber abgeschlagen. Die Bäckergesellen und auch die Brotfabrikanten konnten bei den traurigen Lohnverhältnissen ihre Familie, die bei einigen recht zahlreich ist, überhaupt nicht ernähren, so daß die Frauen häufig mitarbeiten und zuweilen den ganzen Tag aus dem Hause sein mußten, um etwas mitverdienen zu können. Deshalb wollten wir mit Einsetzen der besseren Geschäftsperiode zum Frühjahr unsere Kollegen eine kleine Lohnaufbesserung haben und stellten die Forderung, nachdem sie sich organisiert hatten. Der Unternehmer konnte es nicht fassen, daß jene sonst so willigen Arbeiter begehrt wurden. Ihren Vertretern erklärte er, daß er gar nicht einsehe, daß ein Wochenlohn von M 19 für sechs einhalbstündige wöchentliche Arbeitszeit schlecht sei. Er habe, als er noch nicht selbständiger Unternehmer war, für ein Monatsgehalt von M 30 arbeiten müssen und ist dabei noch ganz gut gefahren. Die bei ihm beschäftigten Arbeiter hätten es nicht schlecht. Die Forderungen der Arbeiter könnte er beim besten Willen nicht, wenn er sich nicht selbst ruinieren wolle, erfüllen.

Was für Forderung haben die Arbeiter aufgestellt? Die Bäder verlangten einen Wochenlohn von M 22 und die Bezahlung der am Sonntag geleisteten Arbeitszeit. Die Müdricher wollten M 21 haben. Dem Unternehmer Scheer erschienen diese bescheidenen Forderungen als eine Provokation unersetzlich, dazu inszeniert, ihm die Betriebsrechte in seinem Betriebe zu unterbinden. Gleich von Anfang an wollte er sich auch in keiner Weise dazu bewegen, mit den Arbeitervertretern zu unterhandeln. Er sagte, was er in seinem Betriebe einführen wolle, welche Lohnsätze und welche Arbeitszeit er bestimme, gehe die außerhalb seines Betriebes stehenden Personen nichts an. Er lasse sich nicht verzwängen. Wenn die Leute nicht arbeiten wollten, können sie zu jeder Zeit gehen. Er schliesse seinen Betrieb auf vier Wochen. In rückwärtsloser Weise operierte dieser Herr. Willige und willige Arbeitskräfte wollte er auch ferner haben, um unterstützt aus den Knochen der schon sowieso ausgemergelten Bäckergesellen Reichthümer schlagen zu können. Alle Versuche der Organisationsleiter, die so geringen Forderungen auf einem friedlichen Wege gewährt zu erhalten, scheiterten an seiner Halsstarrigkeit. Es blieb nichts übrig, als den Kampf aufzunehmen; denn die Arbeiter wollten unter keinen Umständen, wenn der Betrieb nicht reformiert würde, die Arbeit aufnehmen. Sie wollten die „Schuldbude“ und „Knochenmühle“ nicht mehr betreten. Leider war, wie gesagt, der Kampf vergeblich. Die Innung hat diesen Großunternehmer durch Zuführung von Streikbrechern sofort in ausgiebiger Weise unterstützt. Somit weicern und eifern diese Leute gegen Großbetriebe und schieben dem Verbands die Schuld zu, daß er es ist, der die Großbetriebe züchtet und unterstützt. Auch die Brüderhändler, die „Gelben“, haben nicht verschmäht, abermals Streikbrecherdienste zu leisten. Diese Leute werden natürlich trotzdem ihren Wohl aufwärmen, daß der Bäderverband das Kleinhandwerk ruiniert und die Brotfabrikanten unterstützt. Wir wissen ja schon längst, auf welche Seite sich die Innung mit ihren degenerierten Knechten stellt. Es ist bis jetzt noch immer so gewesen, daß, wenn es heißt, gegen Forderung der Gesellen vorzugehen, sich brüderlich Juden und Christen, Brotfabrikanten und Bädermeister koalieren haben, um diese Forderungen gemeinsam niederzuknüeten. Das Sprichwort bleibt bestehen: „Eine Krähe hackt der andern die Augen nicht aus“.

Der Arbeitsvermittler des Innungsarbeitsnachweises, Kewien, schickte gleich am ersten Tage der Arbeitsniederlegung über 40 Streikbrecher. Auch die Polizei hat selbstverständlich

abermals bewiesen, wie lieb und wert ihr diese Sorte von Menschen ist, und die Fabrik war förmlich von Schulgleuten belagert. In der Fabrik und vor der Fabrik, die ganze Straße, ja, sogar die angrenzende Gegend war mit den „Behelmlen“ besetzt worden. Der Kampf wurde von den Kollegen aber mit voller Energie geführt und steht es fest, daß der halsstarrige Fabrikant für immer einen Denksetzel bekommen hat.

Bedaurend ist und bleibt jedoch dieser Ausgang, und die „Gelben“ in Königsberg können sich abermals rühmen, einen Brotfabrikanten „zur Erhaltung des Handwerks“ aus der größten Verlegenheit gerissen zu haben. Eine Ehre ist diese Handlung für die Königsberger Bäckergesellen wahrlich nicht. Mehrere Familienväter haben, getrieben durch unabweisbare Not, die Arbeit niedergelegt, um den auf ihnen lastenden tyrannischen Druck abzuschütteln. In diesem Kampfe werden sie von eignen „Kollegen“ verraten, indem man ihnen als Streikbrecher in den Rücken fällt! „Wahrlich recht brave Männer, die Königsberger gelben Streikbrecher!“

Unsre Organisation am Orte wird auch diesen Kampf unterstützen. Für alle Königsberger Bäckergesellen und für die Streikenden besonders muß es jetzt heißen: Agitieren und organisieren auf der ganzen Linie ist unsre erste und segensreichste Aufgabe. Aufklärung muß unter die Bäckergesellen gebracht werden. Los von den „Gelben“, den Innungsstücken! Jedes Verbandsmitglied stelle sich als Kämpfer in unsre vordersten Reihen und helfe nach Kräften die Wege ebnen für unsre weitere Entwicklung. Wenn es uns diesmal nicht gelungen ist, den Unternehmer zur Anerkennung der gestellten Forderung zu bewegen, so haben wir doch in keiner Weise Schwäche gezeigt. Die Probe war gut. In der kommenden Zeit müssen wir nun alle mit voller Energie an der Kräftigung und dem Ausbau unsrer Organisation arbeiten. Der Verband allein ist das beste Nützige und die beste Waffe im Kampfe mit dem Unternehmertum. Wachen wir daher für unsre nächsten Kämpfe vor!

Internationales.

Aus Oesterreich. In einer recht anschaulichen und imposanten Art und Weise haben die klassenbewussten Bäckereiarbeiter Oesterreichs am 1. Mai, dem Weltfeiertag der Arbeiter, in allen größeren Städten für die Forderung des Bäckerschutzgesetzes demonstriert. Besonders erhebend und eindrucksvoll gestaltete sich die Kundgebung der Bäckereiarbeiter in Wien. Hier versammelten sich die demonstrierenden Kollegen an einem Punkt der Stadt und marschierten unter Vorantragung der ehrwürdigen roten Fahne der Bäckersänger in einem Zuge, der mehr als 130 Aechterreihen gezählt hat, in den Prater. Im Zuge selbst wurden ein halbes Dutzend Standarten mit entsprechenden, auf die Forderung des Bäckerschutzgesetzes bezug habenden Inschriften getragen. Die Inschriften auf den Standarten wurden vom zuschauenden Publikum mit grossem Interesse gelesen und man hörte vielfach aus dem Publikum nur zustimmende Aeusserungen für diese oder jene Forderung fallen.

Die Bäckereiarbeiter leben wegen der Nacharbeit so ganz abgeschlossen von der übrigen Mitwelt, dass gerade die scheusslichsten Greuel, die in unserm Gewerbe wurzeln, sehr schwer den Weg in die breite Öffentlichkeit finden. Deshalb war es sehr angebracht, alle jenen Uebelstände, unter denen die Arbeiter und Lehrburschen zu leiden und zu leben haben, der grossen Öffentlichkeit bei dieser Gelegenheit zu übermitteln. Angenagelt wurde die überlange Ausbeutung der Gehilfen und Lehrlinge, die ziffermässig dargestellt wurde. Ferner wurde auf einer Tafel in Prozenten ausgedrückt, wieviel Lehrburschen ungesetzlich zur Nacharbeit verwendet werden und wieviel von ihnen der gesetzliche Ersatzruhetag nicht gewährt wird. Dann kamen die Kellerbäckereien daran, die abzuschaffen wir fordern, ferner die überlange Arbeitslosigkeit der Broterzeuger. Die sanitären Uebelstände in den Werkstätten wurden gleichfalls angenagelt, und schliesslich wurde auf einer Tafel darauf verwiesen, dass nur gesunde Arbeiter gesundes Brot erzeugen können. Der Zug wurde als Zug der Bäckereiarbeiter auch dadurch erkenntlich gemacht, dass an der Spitze des Zuges zwei weissuniformierte Kollegen mit einer grossen Standarte „Heraus mit dem Bäckerschutzgesetz“ marschierten; ferner trugen alle übrigen Standartenträger weisse Backstubenkleider, woraus schon ersichtlich war, wo der Zug anfang und aufhörte.

Neben den Wienern bildeten die Kollegen in Graz, Leoben, Linz, Marburg, Innsbruck, Czernowitz und vielen andern Städten eigene Demonstrationen, wodurch also überall die breite Öffentlichkeit von dem speziellen Bäckereilend Kunde erhalten und über die Notwendigkeit eines Bäckerschutzgesetzes aufgeklärt wurde. Gewiss ist der Kampf der Bäckereiarbeiter um das Zustandekommen eines Schutzgesetzes eine reine Kulturforderung, die im Interesse der Gesamtheit liegt, aber dennoch müssen in erster Linie die Bäckereiarbeiter selbst alle ihre Kraft organisieren, um diese eminente Kulturforderung durchsetzen zu können. Einen Schritt nach vorwärts haben die Bäckereiarbeiter ihre Forderung durch die imponierende Maidemonstration sicherlich gebracht.

Der Kampf um die Beseitigung der Nacht- und Sonntagsarbeit in den Bäckereien Belgiens. Die Bäckereiarbeiter von Brüssel sind in eine Bewegung eingetreten, um das gesetzliche Verbot der Nachtarbeit und der Sonntagsarbeit in den Bäckereien zu erreichen. Der sozialistischen Gewerkschaft hat sich auch die christlich-demokratische angeschlossen. In einer gemeinsamen stark besuchten Versammlung waren sowohl sozialistische als auch christliche Abgeordnete zugegen, welche versprochen, die Forderungen der Bäckergehilfen zu unterstützen.

Der Referent, Kollege de Cock, wies auf die grossen gesundheitlichen und sittlichen Schädigungen hin, welche aus der ständigen Nachtarbeit für die Bäckereiarbeiter erwachsen. An ein Familienleben sei nicht zu denken. Der Einwand, dass das Publikum am Morgen frisches Brot fordere, sei hinfällig. Ein anwesender Unternehmer unterstützte die Ausführung des Referenten, aber er glaubt, dass eine Reform durch gütliche Vereinbarung herbeigeführt werden könnte. Im übrigen wendet er sich gegen die grossen Brotfabriken und die Konsum-

bäckereien. Die Versammlung, die von grosser Begeisterung getragen war, ging nach einer entsprechenden Resolution auseinander; weitere Versammlungen werden folgen.

An die Kollegenschaft in Görlik!

Kollegen! Alle ohne Ausnahme habt Ihr schon vom Verbands der Bäcker und Konditoren gehört oder gelesen; was er für Euch im allgemeinen bedeutet, braucht hier nicht erst besonders betont zu werden. Aber eines rufen wir Euch zu: Denke jeder einmal nach, oder, wenn Ihr unter Euch seid, stellt Euch die Frage: Kann das in unserm Beruf hier so weiter gehen? Hier sind zum Beispiel zu Oftern 54 Lehrlinge in die Welt geschickt worden, um den älteren Kollegen die Arbeit schwer zu machen und den Lohn zu drücken. Denn Ihr wißt ja alle, daß die Ausgelernten zunächst erst für billigeres Geld arbeiten sollen. Und das geht Jahr für Jahr so, und darum bleibt Euer Lohn immer ein so minimaler. M 4,50 bis M 7 pro Woche beträgt Euer Wochentafchengeld, das man als Lohn zu bezeichnen sich nicht schämt. Wer M 8 oder mehr bekommt, muß dafür auch 14 bis 17 Stunden täglich fronden. Aber weiter aus der Praxis gesprochen! Kollegen, die 21 bis 22 Jahre alt sind, werden bereits ungern eingestellt; wer schon beim Militär gewesen ist oder gar schon 27 bis 30 Jahre auf dem Rücken hat, zu dem heißt es ganz offen: „Sie sind mir zu alt!“ Was dann? Dann geht es trostlos von einer Bude zur andern — und überall daselbe Entgegenkommen. Verzweifelt wird dann über schlechte Zeiten gellagt, und jeder ist heilfroh, wenn er in einer Fabrik oder sonstwo unterkommen kann. Würden solche Kollegen beizeiten auf die Verhältnisse aufmerksam gemacht, so hätte jeder eine andre Ausrede oder ging nach wie vor gleichgültig seinem Vergnügen nach; womöglich wurde noch auf einige wirklich ältere in Arbeit stehende Kollegen hingewiesen. Selbstverständlich müssen immer e i n i g e ältere Kollegen da sein, um die andern über die wirklichen Verhältnisse hinwegzutäuschen, oder als Ver-räter der eignen Interessen und der ihrer Mitarbeiter dienen zu können. Wollt Ihr später wirklich zu so jämmerlichen Rollen übergehen? Dann: Glück zu!

Nun — es steckt ja noch ein gesunder Geist unter Euch, und diejenigen nehmen glücklicherweise an Zahl immer mehr zu, welche erkannt haben, wo ihre Interessen wirklich vertreten werden. Wir richten deshalb an Euch nochmals die Mahnung, Euer Leben nicht in bloßen Klümmereien und mit geistlosen Vergnügungen und Verdummungsveranstaltungen hinzubringen, sondern Euch dort einzufinden, wo für die Verbesserung Eurer Lohn- und Arbeitsverhältnisse eingetreten wird. Dort könnt Ihr ja in wahrer Kollegialität gleichfalls Vergnügen, und zwar wirklich das Leben erweiternde, in frischer und reiner Luft begehen. Kommt zum Weizel am ersten Pfingstfeiertag alle zum Ausflug, verbunden mit Festlichkeiten, mit uns nach dem romantisch gelegenen Parkrestaurant in Hemmersdorf! Der Abmarsch erfolgt 2½ Uhr vom „Goldenen Kreuz“, Langenstraße 43. Ein Preisstücken sowie Würfelsbude, Regelbahn, und bei reger Beteiligung ein Wettlaufen werden für Unterhaltung sorgen, auch sind noch andre Ueberraschungen in Bereitschaft gehalten.

Kollegen! Zeigt also, daß Ihr den richtigen Sinn erfasst habt, und bringt Eure Arbeitskameraden mit und alle Kollegen, mit denen Ihr befreundet seid, damit ein recht kollegiales Fest veranstaltet werden kann. Alle seid Ihr mit Brudergruß eingeladen. Wenn wir uns in ernster Arbeit miteinander zum Besten unsrer Lage verbinden wollen, so wollen wir uns auch einmal gemeinschaftlich miteinander vergnügen.

Die Vertrauensmänner.

Sozialpolitisches.

Die Feiertagsruhe der Bäcker in Nürnberg. In Nürnberg bestand bisher die Anordnung, daß in den Bäckereien an den drei hohen Festen vom ersten Feiertag früh 10 Uhr bis zweiten Feiertag abends 8 Uhr das Backen gänzlich verboten war, um den Gehilfen einen freien Feiertag zu verschaffen. Das Backverbot wurde aber teilweise dadurch umgangen, daß Hoteliers, Restaurateure, zuweilen auch Bäcker selber sich frisches Brot von den benachbarten Orten bringen liessen, wo das Backverbot nicht bestand. Aus diesem Grunde hat die Handelskammer bei der Kreisregierung Schritte getan, damit das Verbot auf ganz Mittelfranken ausgedehnt werde. Dafür hat sich auch der Stadtmagistrat in Nürnberg nebst den andern in Betracht kommenden Stadtverwaltungen ausgesprochen, so daß die Regierung nunmehr eine dahingehende Verfügung erlassen wird.

Sonntagsruhe für Bäcker in Lübeck. Die Vorschrift der Verordnung vom 1. April 1895, betreffend die Sonntagsruhe im Gewerbebetriebe, wird, soweit sie das Bäckergewerbe betrifft, wie folgt geändert: 1. Die Beschäftigung von Arbeitern ist an allen Sonn- und Festtagen, mit Ausnahme der drei hohen Feste, für welche besondere Vorschriften erlassen sind, während acht Stunden gestattet. Bedingung: Jedem Arbeiter ist an jedem Sonn- und Festtage eine ununterbrochene Ruhe von 16 Stunden zu gewähren. Der Beginn dieser Ruhezeit ist frühestens von 12 Uhr nachts, spätestens von 8 Uhr morgens an zu rechnen. Im übrigen bleiben die Vorschriften unverändert.

Allgemeine Kundschau.

Er hat recht! Bayerischer Bäckereihandwerk (für sich, als er den Verkauf der französischen Postbeamtenbewegung studiert): „Jetzt, wenn man die französischen Postbeamten anschaut, gegenüber die preussische, muß man sie doch allertat als Vorbilder erkennen!“

Genossenschaftliches.

Richtigstellungen zum Revisionsbericht des Bäckers- und Konditorienvereins. In dem von Herrn Generalsekretär Kaufmann verfaßten Bericht sind verschiedene Unrichtigkeiten in Bezug auf die Löhne sowie Arbeitszeit der württembergischen Konsumbäcker enthalten. Um dem Unstand vorzubeugen, daß bei irgendwelcher Gelegenheit auf diese Zahlen als unanschätbares Material hingewiesen wird, wollen wir hiermit dieselben soweit wie möglich richtigstellen. Es heißt u. a. auf Seite 53 des Be-

richtig: „Im Verbands-Subdeutscher Konsumvereine zählt der Konsumverein Altona als Höchstlohn M 240 über den bestehenden und M 1,90 über den vorgeschlagenen Tarif.“ Eine wöchentliche Arbeitszeit wird auf Seite 80 von 60 Stunden angegeben. Dem gegenüber stellen wir die in dem mit unserer Organisation abgeschlossenen Tarif enthaltenen Bestimmungen über Lohn und Arbeitszeit. Es heißt da:

1. Arbeitszeit. Die Arbeitszeit wird auf täglich zehn Stunden festgesetzt. Die Leistung einer siebten Schicht ist nach Lage der örtlichen Verhältnisse nicht zu umgehen. Doch dauert diese nur sieben Stunden.

2. Lohn. 1. Oberbäcker pro Woche M 26, sechs Ueberstunden (à 50 %) M 3, zusammen M 29. Ferner für die erforderliche siebte Schicht ein Viertel des Badgeldes und freie Wohnung. 2. Bäcker pro Woche M 23, sechs Ueberstunden (à 50 %) M 3, zusammen M 26. Ferner für die erforderliche siebte Schicht ein Viertel des Badgeldes.

Der Minimallohn beträgt nach dem bestehenden Tarif pro Woche M 23,60. Nun müssen pro Woche sechs Ueberstunden geleistet werden, die nur mit 50 % berechnet werden, also unter dem Tarifmaß, macht M 3. Ferner eine siebenstündige Sonntagschicht, welche mit Ueberstundenlohn bezahlt werden müsste, à 65 %, macht M 4,55. Hinzu kommt noch, daß der Oberbäcker M 3 Zulage erhalten muß, nach dem Tarif also wäre ein Mindestlohn von M 34,15 zu verlangen, dem gegenüber jedoch nur M 29 stehen. Allerdings muß Wohnung und ein Viertel des Badgeldes in Anrechnung gebracht werden, was einem Gesamtwert von wöchentlich M 4 entspricht, also unter keinen Umständen ein Höchstlohn bezahlt wird, der M 2,40 über den tariflich feststehenden hinausgeht, ebensowenig natürlich auch nicht über den vorgeschlagenen hinausgehen kann. Die sechs Ueberstunden wöchentlich, welche gewissermaßen als Norm im Sonbertarif mit Altona enthalten sind, sowie die sieben Stunden der siebten Schicht allein beweisen, daß die Arbeitszeit, wie sie im Bericht angegeben ist, nicht stimmen kann. Von dem Spar- und Konsumverein Cannstatt-Feuerbach wird berichtet, daß er M 2,30 über den bestehenden und M 1,20 über den vorgeschlagenen Tarif bezahle. Cannstatt ist Stuttgart eingemeindet und demzufolge müsste hier selbstredend ebenfalls ein Ortszuschlag von 17 1/2 % pZt. bezahlt werden. Demnach würde der Minimallohn M 27,80 betragen, in Wirklichkeit beträgt er M 25,30. Fünf Arbeiter arbeiten zu diesem Lohn, während einer auf verantwortlichem Posten M 27,30 erhält. Es kann also auch hier nicht davon die Rede sein, daß über den Tariflohn bezahlt wird. Die Arbeitszeit beträgt elf Stunden täglich inklusive der Essenspausen, also eine Stunde mehr, als im bestehenden Tarif vorgesehen. Auch die Angabe mit Vorbehalt in keinem Falle, weil dort sieben Schichten gearbeitet werden. Eine Arbeitszeit von 42 Stunden findet nie statt, sondern eine solche von mindestens 60 Stunden und mehr. In Neutlingen werden ebenfalls noch sieben Schichten pro Woche geleistet; rechnet man also die siebte Schicht als Ueberstunden, so bleibt der Höchstlohn, der gegenwärtig gezahlt wird, noch weit hinter dem bestehenden Tariflohn und dem vorgeschlagenen zurück. Abgesehen davon, daß von vier Arbeitern zwei jugendliche mit Anfangslöhnen von M 19 beschäftigt werden. Genau so sieht es mit den Mitteilungen über Gmünd und Schramberg aus, weil da überall noch sieben Schichten zu leisten sind und demzufolge als Ueberstunden berechnet und vergütet werden müssten. Ebingen hat eine Arbeitszeit von zirka 48 Stunden, Eßlingen ebenfalls von 48 Stunden pro Woche angegeben, stimmen beide nicht. In Eßlingen beträgt die Arbeitszeit mindestens nach Abzug der Pausen wöchentlich 65 Stunden. Ähnlich verhält es sich mit Ebingen, wo noch sieben Schichten zu leisten sind. Tuttingen ist im Bericht nicht aufgeführt. Wir wollen zu den Lohn- und Arbeitsverhältnissen dieses Vereins mitteilen, daß sie in genossenschaftlicher Hinsicht noch manches zu wünschen übrig lassen. Der vor nicht langer Zeit abgeschlossene Tarif, der in Bezugnahme auf die örtlichen Verhältnisse weitgehende Konzeptionen enthält, beengt anscheinend die Genossen von der Verwaltung in der Ausnutzung der Arbeitskräfte und wird deshalb fortwährend durchbrochen. Neuerdings ist geplant, eine wöchentliche Arbeitszeitverlängerung von 17 Stunden pro Mann zur Einführung zu bringen.

Abgesehen von den Schilderungen des Tuttinger Vereins soll durch diese Richtigerstellungen keinerlei Kritik an den Arbeits- und Lohnverhältnissen der angeführten Vereine geübt werden, sondern es handelt sich dabei um eine sachliche Verichtigung, um, wie eingangs erwähnt wurde, gewissen Herren nicht die Möglichkeit zu bieten, in Generalversammlungen und bei ähnlichen Gelegenheiten mit Zahlen zu operieren, die mit den Tatsachen nicht übereinstimmen. Die Zahlen im Bericht, die wir erwähnten, sind nicht geeignet, ein klares Bild zu geben, und nur zu gut geeignet, eine irrthümliche Meinung bei den Kollegen außerhalb Würtemberg hervorzurufen. M...z.

Fünfte ordentliche Generalversammlung der Grobbacker-Liedertafel „Teutonia“ von 1884. Die Grobbacker-Liedertafel hält im Anschluß an die sechzehnte Generalversammlung des Zentralverbandes der Konsumvereine ihre Generalversammlung am 17. Juni in der Stadthalle zu Mainz ab. Auf der Tagesordnung steht: 1. Feststellung der Präzedenzliste; 2. Vortrag des Geschäfts- und Revisionsberichts; 3. Genehmigung der Jahresrechnung und Entlastung der Geschäftsführer und des Aufsichtsrats; 4. Feststellung der Verteilung des Reingewinns; 5. Wahl des Revisors; 6. Erhöhung des Stammkapitals bis zu M 2000 000; 7. Ergänzungswahl für die auscheidenden Aufsichtsratsmitglieder und Wahl von drei Ersatzpersonen; 8. Bestimmung des Ortes für die nächste Generalversammlung; 9. geschäftliche Mitteilungen.

Die Unterstützungskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, gegründet am 18. Juni 1906 in Stettin, wird ihre zweite Generalversammlung am 14. Juni in Mainz abhalten. (Wir machen in Nr. 18 bereits auf die Vertreterwahlen zu dieser Tagung aufmerksam.) Außer einigen Statutenänderungen, die eine Verbesserung der Mitgliedsbeiträge bezwecken, wird vom Vorstand und Verwaltungsrat gemeinschaftlich beantragt, „für die Gewährung von Unterstützungen zwecks Abwendung vorzeitiger Invalidität der Mitglieder jährlich die Summe von M 10 000 aus den Mitteln der Kasse zu verwenden“, und dem Vorstande und Verwaltungsrat die Ermächtigung zu erteilen, „zur Errichtung und Einrichtung von Ferienhäusern den genossenschaftlichen Vereinigungen Hypotheken und Darlehen in angemessener Höhe und zu einem niedrigen Zinsfuß zu gewähren“.

Der Unterstützungskasse sind 126 Vereine mit 3527 Mitgliedern angeschlossen. Die Beiträge für 1908 beziffern sich

auf M. 839 247, die Gesamteinnahmen auf M. 862 813. Der Kassenbestand ist auf M. 744 305 angewachsen. Die Kasse hat die Aufgabe, den Angestellten und Beamten der Konsumgenossenschaften im Falle der Krankheit, der Invalidität und des Alters einen Rückhalt zu gewähren und über den Tod der Beschäftigten hinaus die Fürsorge für die Witwen und Waisen zu übernehmen, weshalb die fortschreitende Entwicklung der Unterstützungskasse freudig zu begrüßen ist.

Briefkasten der Redaktion.

P. R., Meuselwitz. Die Veröffentlichung des betreffenden Berichts ist auf Beschluß des Hauptvorstandes unterblieben; letzterer hat dem Einsender seinerzeit ausführlich geantwortet.

Anzeigen.

Mitgliedschaft Hamburg-Altona. Bezirk Altona.

Dienstag, den 25. Mai 1909, morgens 10 Uhr:

Versammlung

bei Sauer, Allee

[M. 1,80] Die Bezirksleitung.

Ortskrankenkasse der Bäcker, Mannheim
Bekanntmachung.

Gemäß § 65 des Kassensatzes sind durch Neuwahl auf die Dauer von zwei Jahren

32 Vertreter der Arbeitnehmer und 64 Stellvertreter derselben

zu wählen.

Zur Vornahme dieser Wahl haben wir Termin zur Abgabe der Stimmen auf

Dienstag, den 25. Mai, nachm. von 3 bis 5 Uhr, im Saale des Innungshaus, S 6, 40, anberaunt.

Gleichzeitig machen wir bekannt, daß die diesjährige ordentliche Generalversammlung

Donnerstag, den 3. Juni d. J., nachmittags 3 Uhr, ebendasselbst stattfindet und laden wir sämtliche Vertreter hierzu höflichst ein und bitten um vollzählige Erscheinen.

[M. 6,60] Der Vorstand.

Sparklub „Puzelfiste“, Altona ::

Einladung

zu unserm am 30. Mai (erster Pfingsttag) stattfindenden

Pfingstbergnügen

im „Schwarzen Bären“, Vinneberger Chaussee, Altona verbunden mit

Preisregeln für Herren und :: ::
Belustigungen für Damen und Kinder
Anfang 4 Uhr

Einführungskarten sind bei den Mitgliedern und bei Karl Schünemann, Hohschulstr. 14, zu haben.

[M. 5,40] S. U.: S. W. Schberg, Königstr. 22, Altona.

Suche Stellung als Filialeleiterin in einer Brotfabrik. Kautions vorhanden. [90 %]
Off. D. 438, Altonaerstr. 17, Hamburg.

Unserm lieben Kollegen **Adolf Buchholz** und seiner lieben **Braut** zu ihrer Hochzeit

die besten Glückwünsche!

[M. 1] Die Gemelinger Konsumbäcker.

Unserm Kollegen **August Handke** und seiner lieben

Braut Wilhelmine Lohn

die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung!

Mitgliedschaft Magdeburg.

[M. 1,20] Die Kollegen des C.-V., Tour I.

Berufs-Bekleidung für Bäcker, Konditoren etc.

In starker, solider Verarbeitung.
Drell-Hosen I u. II Mk. 2,25, 2,40
Drell-Hosen rein Leinen „ 3,10, 3,45
Konditor-Jacken I u. II „ 3,45, 3,75
Konditor-Mützen „ 0,40
Hemden, Militär-Messel „ 1,80
Hemden, Barohend od. Flanel „ 1,60-2,65
Hemden weiss, Suxkin-Hosen etc.

Berufs-Bekleidungs-Industrie
Hamburg 21, B. Th. Wahn, Schillerstr. 12.
Platzbestellungen per Karte werden sofort ausgeführt.
Bei Bestellung genügt Brustweite oder Schrüllänge.

Sofort zu vermieten
Ia Bäckerei-Lokalitäten

mit 2 Patentöfen
in vollreicher Hafengegend Hamburgs, Reimarusstrasse 13, Ecke Ditmar Koelstrasse. [M. 3]
Näh. bei Sagell, Oben Borgfelde 5.

Bäckereigrundstück

mit guter Kundschaft in Kiel (feines Viertel) wegen Krankheit sofort zu verkaufen.

Kieler Hausverwertung G. m. B. & S.
[M. 2,10] Kiel, Holstenstr. 21.

Brestorf, Torfmull und Torfstreu

empfehl
[M. 2,70] Torfwerk Himmelmoor.
Inh.: C. Kühl, Quickborn i. Holst.

Allen Mündener Bäcker- und Konditorengehülten

empfehl sich zur Anfertigung von Herrogarderoben aller Art in jeder Preislage — für eleganten Schnitt und Sitz weitgehendste Garantie
Georg Prem, Walterstr. 19/0.

Deutscher Arbeiter-Stenographen-Bund.

Junge, intelligente Arbeiter erlernen kostenfrei die Arendsche Kurzschrift. Im schwedischen Reichstage verdrängten die Arendsianer bei freiem Wettbewerb die Gabelbergerianer, so daß heute dort 21 Arendsianer und nur noch 12 Gabelbergerianer arbeiten. v. Kunowski, Erfinder der Nationalstenographie, sagt: „Das System Arends vereinigt eine solche Fülle produktiver Gedanken, daß sich ihm kein andres vergleichen läßt. Wenn wir heute hoffen dürfen, dem Ziele der Kurzschrift näher gerückt zu sein, so haben wir dies hauptsächlich Arends zu danken. Er brachte vor allem ein drittes Prinzip zur Geltung neben dem der Kürze und Handlichkeit: Das der Deutlichkeit, welchem auch in der Lat der erste Platz gebührt.“ Unter Beifügung üblichen Portos richte man Adresse an **Louis Flach, Frankfurt a. M., Graubengasse 35.**
(Bitte ausschneiden, aufheben oder weitergeben.)

Grobbacker-Liedertafel „Teutonia“ von 1884
Sonntag, den 30. Mai (erster Pfingsttag):
Nach der Lühe zur Blütenpracht
Etablissement Adolf Steinhoff („Zum Fährhaus“).
Abfahrt von den St. Pauli-Landungsbrücken präzise 2 Uhr nachmittags mit dem Dampfer „Maxim“ (Kapitän Otto Decker). Musik an Bord.
Nach Ankunft: **Gemeinschaftlicher Kaffee** (à Person 40 %, Kinder 20 %); ferner: **Vorlesung für Damen sowie grosses Preisegeln für Herren** (1. Preis M. 20 in bar).
Im Saale: **Grosser Ball.** [M. 8]
Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht höflichst **Der Vorstand d.**
Preis der Herrenkarte M. 1,20 — Damenkarte 80 % — Rückfahrt 11 Uhr abends.

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.
(Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)
Sonntag, 23. Mai:
Bochum: 4 Uhr bei Schäfer, Ringstr. 8.
Montag, 24. Mai:
Hersford: 7 Uhr bei Hillert, Brüderstraße.
Dienstag, 25. Mai:
Hamburg-Altona (Bezirk Altona): Vorm. 10 Uhr bei Sauer, Allee.
Mittwoch, 26. Mai:
Berlin (Öffentliche für Konditoren): 8 1/2 Uhr in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59 (sechsbunddreißigstündiger Ruhetag). — **Essen a. Rh.** (Weißbäcker): 3 Uhr im Volkshaus. — **Traunstein:** 2 Uhr „Zum Löwen“.
Donnerstag, 27. Mai:
Coblenz: 3 Uhr im „Goldenen Ring“. — **Mannheim:** 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, F 4, 8. — **Stuttgart (Bäcker):** 3 Uhr in der „Schüßenhalle“.
Freitag, 28. Mai:
Düsseldorf (Konditoren): 8 1/2 Uhr bei Neuhausen, Flurstraße. — **Eisenach:** Vorm. 10 Uhr im „Goldenen Engel“, Katharinenstraße.
Sonntag, 30. Mai:
Wenn die des Pfingstfestes wegen ausfallenden Versammlungen später stattfinden sollen, ist der Redaktion besondere Mitteilung zu machen!
Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Besevbindehof 57. — Verlag von D. Almann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Muer & Co. in Hamburg.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Quittung.

Vom 10. bis 16. Mai gingen bei der Hauptkassa des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Monat April: Zahlstelle Hagen M. 56,90, Gera 115,70, Herford 251,85, Bremerhaven 75,90, Rosenheim 162,60, Düsseldorf 172,50, Breslau 183,40, Ilmenau 84,40, Darmstadt 65,20, Schmöln 29, Dessau 54,30, Bant 78,80, Lübeck 176,60, Meuselwitz 49, Sonneberg 52,50, Bremen 196,50, Dortmund 102,40, Allenburg 89,60, Plauen 57,70, Rostock 66, Gilsheim 22,40, Braunschweig 207,50, Elberfeld 204,70, Forst 28, Apolda 29,30, Reiz 146,10, Traunstein 51,20, Hof 41,70, Kaiserslautern 36,90, Stettin 175,60, Schwerin 15,40, Bielefeld 39,20, Wegelack 21,50, Regensburg 219,40, Striegau 22,90, Pausau 45,60, Weiskensfeld 43, Görlitz 56,30, St. Johann 121,10, Remscheid 28,60, Chemnitz 100,90, Leipzig 896,35, Colmar 25,10, Gotha 61,70, Bad Reichenhall 83,40, Erfurt 33,20, Flensburg 89,20, Freiburg 63,50, Vöhrbach 16, Cottbus 15,90, Oldenburg 44,45, Danzig 141,80, Lüdenscheid 17,80, Mannheim 516,05, Brandenburg 65,10.

Für März und April: Eisenach M. 15,20.

Von Einzelzahlern der Hauptkassa: Th. R. - Penig M. 3, J. B. - Algringen 26, G. L. - Daehre 10, J. J. - Götterburg 13, G. L. - Ueterjen 4, M. W. - Jöbenbüren 4, R. L. - Königsee 14, D. M. - Northheim 5, G. R. - Meuselbach 4, M. W. - Köhnig 31,50, R. C. - Saarburg 3, F. C. - Jahnshack 10, G. L. - Schwelentrup 6,50, B. G. - Delsnitz i. B. 23, F. W. - Göttingen 2.

Für Abonnements und Annoncen: Zentral-Krankenkasse Magdeburg, Lübeck, Offenbach, Plauen, Leipzig je M. 4,80, Zahlstelle Nürnberg 2,40, L. S. - Hamburg 6, Zahlstelle Breslau 1,20, R. R. - Bremen 1, Zahlstelle Plauen 5,20, J. D. - Hamburg - 90, G. M. - Altona 2,20.

Mit der Abrechnung an die Hauptkassa für April restieren die Zahlstellen Hanaau, Königsberg, Leisnig, Malmö, Markredwitz, Mey, Neumünster, Pirna, Rudolstadt, Waldenburg und Weißwasser.

Der Hauptkassierer. J. B.: M. Sanghann.

Heute ist der 22. Wochenbeitrag (23. bis 29. Mai) fällig.

Aus den Bezirken.

Aus Heidelberg wird berichtet, daß dort seit einigen Tagen ein ganz raffiniertes Gauner sein Unwesen treibt, indem er sich unter dem Namen Hermann Ott als langjähriges Verbandsmitglied ausweist, um sich das Vertrauen der Kollegen zu erringen. Leider fiel eine ganze Anzahl unserer Mitglieder diesem charakterlosen Subjekt zum Opfer. Da zu erwarten steht, daß dieser Vorkommnis auch in anderen Städten dieselben Wanderver zu wiederholen versucht, sei hier öffentlich vor ihm gewarnt.

Aus der Konditorei-, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Die Umwandlung des Verbandes der selbständigen Konditoren. Vom 14. bis 18. Juni finden in Cassel nicht weniger als drei Tagungen unserer selbständigen Konditoren statt. Zunächst der 27. Ordentliche Verbandstag, dann ein außerordentlicher und endlich ein 1. Verbandstag Deutscher Konditoreninnungen. Unsere Kollegenschaft, insbesondere die in den Konditorenarbeitende, hat alle Ursache, dieser Tagung unserer Meister Aufmerksamkeit zu schenken, denn durch die in Cassel zu schaffende neue Organisationsform wird sich, jedenfalls schneller als bisher anzunehmen war, auch eine geschlossene Einheit unserer Arbeitgeber in den Backbetrieben gegenüber der Gesellenorganisation ergeben. Man beabsichtigt auf dem außerordentlichen Verbandstage die Auflösung des alten Verbandes, um einen Verband deutscher Konditoren-Innungen gründen zu können, in welchem man alle Korporationen zu vereinen hofft. Die Bemühungen der jetzigen Leitung des Verbandes der Selbständigen — des „Berliner“ — kurz genannt — haben also doch zu einem positiven Erfolg geführt. Es soll eine Organisationsform geschaffen werden gleich dem des „Germaniaverbandes“ der Bäckermeister, ein Ziel, das die Herren Richter & Brodbeck-Berlin schon immer im Auge hatten und aus welcher Absicht in letzter Linie ihre Opposition gegen die frühere Leitung des Verbandes, den Herrn Paul Fürkampi besonders, entsprang. Seinerzeit wurde dieser Mitbegründer und Substitut der Organisation durch seine Ernennung zum Ehrenpräsidenten kalt zu stellen versucht, und da er diesen Wink nicht verstand oder verstehen wollte, so sagte man ihn einfach rücksichtslos ab.

Nicht mit Unrecht rechnete man damit, daß in dieser jetzigen Zeit des aktiven Kampfes der Mittelständler auch den Konditoren gerade die reaktionären Pläne recht sein würden und sie jetzt am ehesten bereit wären, ihre bisherige freie Organisationsform aufzugeben.

Der geplante Innungsverband wird ohne Zweifel über kurz oder lang eine Einheit im Lager der Unternehmer bringen, wenn auch gegenwärtig noch einzelne norddeutsche Gegner sich gefunden haben und wenn auch die Süddeutschen, welche schon immer eine Reihe von Innungsverbänden hatten, sich gegen den ganzen Plan sperren und vorläufig ebenso wenig mitmachen wollen wie früher. Es handelt sich nach unserer Meinung aber nur noch um den Streit, wer die Führung in die Hände bekommen soll — in der Hauptsache sind die Herren sich alle miteinander einig! Nachdem auch das Institut der Unterkommission sich als eine ungeeignete Instanz erwiesen hat, das Konditorenvolk zusammen zu führen, eine Zentralisation aber unter den heutigen Verhältnissen für jeden Wirtschaftsfaktor eine Voraussetzung seiner Wirksamkeit ist, so

werden auch die Süßen unterhalb der Mainlinie früher oder später sich heranzufinden. Möge auch unsere Kollegenschaft aus diesen Bestrebungen die richtige Lehre ziehen!

Die Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie in Berlin im Jahre 1908. Der Bericht der Berliner Handelskammer macht über den Stand unserer Industrie im vergangenen Jahre folgende Ausführungen:

Zuckerwaren. Die Zuckerwarenindustrie hatte bis zum Herbst des Berichtsjahres unter dem hohen Preis von Sirup zu leiden, der sich etwa 25 pZt. teurer stellte als in früheren Jahren. Seit Oktober waren die Notierungen wieder normal. Der Preis von Zucker bewegte sich in der ersten Hälfte des Jahres in mäßigen Schwankungen. Als aber das trockene Wetter im Hochsommer anhielt, und die Rüben im Wachstum zurückblieben, zogen die Zuckernotierungen erheblich an. Die steigende Tendenz wurde dann durch die Fröste während der Ernte verstärkt.

Auch die Zuckerwarenindustrie hatte unter der Ungunst der Konjunktur zu leiden. Das Angebot war drängend und Preisherabsetzungen mußten in vielen Fällen vorgenommen werden, ohne daß die Unkosten entsprechend vermindert werden konnten. Die Dragéesfabrikanten hatten eine Vereinigung geschlossen, um die Preise, die keinen Gewinn ließen, auf eine angemessene Höhe zu setzen. Die Konvention wurde jedoch wegen Unstimmigkeit unter den Mitgliedern nach etwa sechsmonatlichem Bestehen wieder aufgelöst. Die später erzielten Preise deckten kaum noch die Herstellungskosten. Die Karamellfabrikation litt unter der großen Konkurrenz, die in den letzten Jahren entstanden ist, so daß auch in diesem Fabrikationszweig der Nutzen stark zurückgegangen ist.

Das Niergeschäft entsprach im ganzen den Erwartungen, obwohl hauptsächlich billige Gegenstände verlangt wurden, während die teureren und größeren Stücke vielfach unverkauft blieben. Die Aufträge für Weihnachtswaren wurden von den Detailisten sehr vorsichtig zusammengekauft; das Geschäft entsprach weder den Wünschen der Fabrikanten noch der Detailisten. Die Lage der letzteren war überhaupt im ganzen Jahre sehr ungünstig, durch den Nacht- und Morgen-Lohnschluß ist ihnen die beste Verkaufszeit verloren gegangen.

Das Exportgeschäft in Zuckerwaren hat sich nicht gehoben, obgleich gerade Deutschland vermöge seiner großen Zuckerproduktion berufen wäre, sich einen Teil des überseitschen Bedarfs zu sichern.

Kakao und Kakaowaren. Das Jahr 1908 unterschied sich von den beiden Vorjahren durch wesentlich niedrigere Rohkakaopreise. Während zunächst noch M. 86 bis 90 pro Zentner notiert wurden, gaben im Mai die Preise schnell nach, um dann von Monat zu Monat, mit nur einer kleinen Unterbrechung im Juli, bis auf den sehr niedrigen Stand von M. 44 bis 46 pro Zentner für billige Probenmengen zu sinken. Der Verbrauch von Kakao hatte infolge der gewaltigen Preis-erhöhungen, die seit dem Sommer 1906 den Handel beunruhigten, einen starken Rückgang erfahren. Gegen Ende des Berichtsjahres hat sich die Nachfrage infolge der billigeren Verkaufspreise wieder gesteigert, was zu einer leichten Preis-erhöhung für Rohkakaos Veranlassung gab. Bei Jahres-schluß stellten sich die Notierungen zwischen M. 50 und 52 pro Zentner für billige Ware. Die Preise der Kakaowaren mußten dem Rückgang der Rohmaterialienpreise folgen. Die 1907 von den Fabrikanten ins Leben gerufene Preisfestsetzungskommission konnte sich bei der stark zurückgehenden Geschäftslage nicht behaupten und wurde am 25. August 1908 aufgelöst. Die Folge davon war, daß für Konsumschokolade und Konsumkakao Schlanderpreise vorherrschten und daß der Verdienst außerordentlich geschwächt wurde. Während der Umsatz in diesen Waren infolge der sehr hohen Preise in den beiden Vorjahren einen starken Rückgang erfahren hatte, war 1908 erfreulicherweise sowohl bei Marktartikeln wie bei Qualitätsware eine bedeutende Steigerung des Verbrauchs festzustellen.

Der Import vom Auslande machte sich weniger als sonst fühlbar. Arbeitslöhne und Preise für Verpackungsmaterial blieben unverändert, Siandol war zu annehmbaren Preisen erhältlich.

Kaffee und Biskuits. Zu Anfang des Jahres gestaltete sich das Geschäft noch ziemlich gut. Bald aber, mit dem Rückgang der Wirtschaftslage, zeigte sich ein schnelles, merkliches Nachlassen. Die Verkaufspreise standen vielfach mit den gestiegenen Rohmaterialnotierungen nicht im Einklang. Die große Konkurrenz und das Bestreben, den Konsum auf der gewohnten Höhe zu halten, drückten auf die Preise, so daß von ersten Firmen der Branche manche Artikel ganz fallen gelassen wurden, weil ein Nutzen dabei nicht mehr zu erzielen war. Deshalb mußte auch davon abgesehen werden, die früheren bindenden Preisfestsetzungen durchzuführen. Das starke Herabgehen der Preise zeigte sich besonders deutlich bei billigen Konsumartikeln, die das Groß der Fabrikation ausmachen.

Der Zwischenhandel war vielfach bestrebt, unter Verzicht auf erste Qualität möglichst niedrige Preise gestellt zu erhalten. Ein solcher Druck, besonders des Großhandels, führte dann dazu, daß manche Fabrikanten Qualitätsverschlechterungen vornahmen, um billig liefern zu können. Bei anderen Fabriken zeigte sich dagegen das Bestreben, den Großhandel nach Möglichkeit auszuschalten und an die Detailisten direkt zu liefern.

Aus den Parlamenten.

Aus dem Reichstag. Am Mittwoch, 12. Mai, wurde die Debatte über die „Einführung einer Mühlenumsatzsteuer“ weitergeführt. Da eine Verwirklichung dieser Anträge zweifellos eine bedeutende Verteuerung unserer hauptsächlichsten Rohmaterialien bringen würde, wollen wir uns Leser näher mit dem ganzen Plane vertraut machen. Bisher wurden alle Mühlen nach ihrem gewerblichen Ertrag, das heißt nach dem Gewinn besteuert. Nun klagen die kleinen und mittleren Müller gegen die Großmühlen wegen der großen und scharfen Konkurrenz. Sie verlangen Hilfe durch die Gesetzgebung. Dies soll in folgender Weise geschehen: Die Mühlen werden in Zukunft nach dem Mahlquantum besteuert. Die Steuerfäße sollen staffelförmig ansteigen: z. B. die Vermahlung der

ersten 100 000 Zentner pro 100 Zentner 40 S; so steigt die Skala fort und kommt dann in einem Vorschlag bei 1 Million Zentner Mahlleistung auf M. 3, 5 und 6 pro 100 Zentner. Die Wirkung ist eine geradezu ungeheuerliche. Die großen, gut eingerichteten Mühlen sollen erdroffelt werden. Dies sei kurz exemplifiziert. In Bayern hatte man die beantragte Steuer mehrere Jahre steuer-gesetzlich durchgeführt. In Ludwigshafen a. Rh. ist die Ludwigshafener Walzmühle. Dies ist ein großes kapitalistisches, nach jeder Richtung hin modern eingerichtetes und geleitetes Unternehmen. Selbstverständlich war diese Mühle ein Dorn im Auge der Klein- und Mittelmüller. Diese schrien um Hilfe. Der bayerische Landtag, jene gefeigende Körperschaft, in der das Zentrum den Ton angibt, schenkte dem Rufe Gehör und führte die Mühlenumsatzsteuer ein. Die Wirkung war unerwartet: 1. wurde diese Großmühle in ihrer Weiterentwicklung nicht beeinträchtigt, 2. dementsprechend die kleinen Müller nicht vor der gefährlichen Konkurrenz bewahrt, 3. die Mühle ernstlich zum Wegzug aus Bayern veranlaßt — weil die Steuerleistung nach dem neuen bayerischen Verfahren (Quantumsbesteuerung) M. 100 000 pro Jahr höher sich gestaltete als in andern Bundesstaaten.

Eine Summe von M. 100 000 kann von keinem Unternehmen getragen werden, ohne daß die Produktionskosten beeinflusst werden. Die bayerische Kammer hat denn auch das Gesetz, bekannt unter dem Namen lex Walzmühle, weil unbrauchbar bezw. schädlich, aufgehoben. Und dieses Gesetz soll also jetzt auf Antrag des Zentrums, der Konservativen und eines großen Teils der National Liberalen für das ganze Reich eingeführt werden.

Das ist die bemerklichste Mittelstandspolitik, die darauf abzielt, den großen Unternehmungen die Lebenskraft zu unterbinden — damit die kleinen Lebensfähig bleiben und das große Volk die Bege dieses wirtschaftlichen Kampfes zu bezahlen hat.

Wir Sozialdemokraten sind gern bereit, das Kapital stärker zur Steuerleistung heranzuziehen; es soll dies aber nicht auf indirektem, sondern auf ganz direktem Wege geschehen. Der Redner der sozialdemokratischen Partei hat den Befürwortern dieses Planes zugerufen: „Sie malen den Teufel Umsatzsteuer an die Wand; haben sie erst angefangen, so kommt der Appetit — schließlich kommen Umsatzsteuern auf Kohlen, Brot, Butter usw.“ Damit wäre ein neues Steuersystem geschaffen, um die Lebensmittel der großen Masse zu verteuern. Die Folge davon wären neue Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiet. Die Berliner Handelskammer sagt in kurzem Satz: „Die hohen Preise (des Mehls) haben eine Zurückhaltung im Konsum verursacht!“ Es ist dies eine Festätigung dessen, was wir schon so oft sagten: Der Arbeiter hat einen bestimmten, bescheidenen Lohn, der Beamte sein Gehalt; damit soll der Unterhalt bestreiten werden. Steigen nun die Preise, so muß das Quantum eingeschränkt werden. Dies kann nur bedingungsweise und meist nur kurze Zeit geschehen. Dann kommt mit elementarer Gewalt das Befriedigungsbedürfnis, und damit werden neue, unheilvolle Kämpfe zur Notwendigkeit. Darum: fort mit solchen Steuern!

Das Reichsversicherungsamt im Jahre 1908.

Der Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts wird von der Arbeiterschaft stets mit regem Interesse zur Kenntnis genommen, bietet er doch jeweils einen Einblick in das Wesen und Gebaren einer Behörde, deren Entscheidungen von eminenter Bedeutung sind. Der Eintritt einer Invalidität oder eines Unfalls schwebt jederzeit wie ein Damoklesschwert über allen Arbeitern, und es kann ihnen daher nicht gleichgültig sein, in welcher Weise die Rechte angewendet und . . . nicht angewendet werden, die durch die Versicherungsgesetzgebung gewährleistet sind und vom Reichsversicherungsamt als letzter und oberster Instanz ihre Auslegung finden.

Nach dem vorliegenden Bericht des Amtes für das Jahr 1908 bestanden zum Zwecke der Durchführung der Unfallversicherung 66 gewerbliche Berufsgenossenschaften mit 673 118 Betrieben und 9 018 367 versicherten Personen, 48 land- und forstwirtschaftliche Berufsgenossenschaften mit 4 710 401 Betrieben und 11 189 071 versicherten Personen sowie 540 Ausführungsbehörden mit 964 589 Versicherten.

Die Zahl der im Jahre 1908 gemeldeten Unfälle betrug nach vorläufiger Zusammenstellung 655 859, die Zahl der erstmals einschlägigen Unfälle betrug 141 848. An Entschädigungen wurden im Jahre 1908 an 905 473 Verletzte, 80 508 Witwen Getöteter, 108 443 Kinder und Entel und 4095 Waisen Getöteter insgesamt M. 157 488 494 zur Auszahlung gebracht.

Der Aufgabenkreis des Reichsversicherungsamts erstreckt sich namentlich darauf, ob die Bestimmungen der Unfallversicherungsgesetze eingehalten werden; ferner hat es die Rechtsprechung der Berufsgenossenschaften und Schiedsgerichte zu kontrollieren und bei Anrufung die getroffenen Entscheidungen einer endgültigen und genauen Nachprüfung zu unterziehen. Nur eine überaus tüchtige und vor allem sozialpolitisch einsichtige Leitung ist imstande, der borgegebenen Aufgabe wirklich gerecht zu werden. Seit dem Rücktritt des verstorbenen Präsidenten Bödiker ist leider eine solche Leitung nicht mehr vorhanden. Die Tätigkeit des Amtes sei in nachfolgendem kurz wieder gegeben.

Mit der Ausführung des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes hatte sich das Amt namentlich dahingehend zu beschäftigen, zu welchen Berufsgenossenschaften die verschiedenen industriellen und gewerblichen Betriebe zuzurechnen sind, soweit das noch nicht festgestellt oder strittig war.

Die Beteiligung des Amtes an Kongressen, Ausstellungen und sonstigen Veranstaltungen ist fortgesetzt

worden; über ärztliche Fragen wurden Vorträge veranstaltet; die Vermögensverwaltung und die Dienstordnungen der Berufsvereinigungen haben eine Nachprüfung erfahren, Gehaltsentwürfe und Unfallversicherungsbestimmungen sind bearbeitet, dem Alkoholgenuss ist wieder besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden. Es ist naturgemäß unmöglich, auf alle Einzelheiten des näheren einzugehen; wir müssen uns darauf beschränken, die wichtigsten Punkte kurz zu skizzieren.

Der Uebernahme des Heilverfahrens durch die Berufsvereinigungen wendet das Reichsversicherungsamt mit Recht stete Aufmerksamkeit zu. Auf diesem Gebiet sind wieder einige Fortschritte zu verzeichnen; 95 Berufsvereinigungen haben im Jahre 1907 (für 1908 liegen Angaben noch nicht vor) 11 371 Fälle (im Vorjahre 11 034) mit einem Kostenaufwand von M 333 963,94 (M 782 212,13) übernommen. Damit leisten die Berufsvereinigungen jedoch noch lange nicht, was sie leisten sollten und könnten. Im Interesse der Verletzten liegt eine möglichst rasche Wiederherstellung der Gesundheit, da die lange Kranken- und Unfallrente nur vor dem äußersten schließt und keinerlei Äquivalent bietet für den Lohnausfall, den der Unfallverletzte mit jedem Krankentage erleidet. Auch mit der Entwicklung der Unfallversicherung können wir uns noch lange nicht zufrieden geben. Von den Berufsvereinigungen sind zwar wieder eine Reihe Unfallversicherungsbestimmungen erlassen worden, die das Reichsversicherungsamt genehmigt hat, und die Anstellung von technischen Aufsichtsbeamten hat eine Steigerung von 284 auf 299 erfahren; auch die Zahl der Betriebsrevisionen stieg auf 189 938 = 28,9 vom Hundert der Betriebe; aber was nützt das alles, solange sich die Unternehmer daran nicht kehren und mit Leben und Gesundheit der Arbeiter schändlicher treiben können, ohne besondere Bestrafung dafür befürchten zu müssen. Die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts ist den Arbeitern zur Genüge, jedoch in keineswegs erfreulicher Weise bekannt. Die widerspruchsvollen Entscheidungen, die das Amt in den letzten Jahren fällt, und die von nichts weniger als sozialpolitischem Geist durchdrungen waren, haben das Vertrauen zum Amt sehr erschüttert.

Engherzigkeit und Bürokratismus sind zum Leitmotiv geworden, den Gesetzen werden die kniffligsten Auslegungen gegeben, der Buchstabe des Gesetzes ist alles, die Verhältnisse nichts. Und alles das nur, damit die Unfallkosten nicht höher steigen, der geheiligte Profit der Unternehmer nicht noch mehr geschmälert wird. Verschiedentlich hat das Reichsversicherungsamt auch im verflochtenen Jahre wieder Entscheidungen gefällt, die bedenkliches Kopfschütteln erregen mußten und erregt haben.

Die Statistik der Rechtsprechung des Amtes bezeichnet für das verflossene Jahr 422 012 berufsrechtliche Bescheide der Versicherungssträger, wovon 231 188 auf Grund der gewerblichen Unfallversicherungsgesetze erlassen worden sind.

Gegen die Bescheide wurden 74 570 Berufungen eingelegt, außerdem gingen 82 080 Anträge gemäß § 88 Abs. 3 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes ein, so daß 108 650 Streitigkeiten bei den Schiedsgerichten anhängig waren. Auf 100 berufsrechtliche Bescheide kamen 17,67 Berufungen. Von denselben betrafen 62 976 die Ablehnung oder Herabsetzung einer Rente, 10 238 die Bewilligung einer ungenügenden Rente und 1856 sonstige Ansprüche.

Die Art der Erledigung der Berufungen seitige 22 794 Refurse, das sind 27,09 pZt. der Berufungen. Mit den vom Vorjahre unerledigten waren jedoch 82 696 Refurse zu bearbeiten. Die im Jahre 1907 beschlossenen und im vorigen Jahre durchgeführten Maßnahmen zur Herbeiführung einer Beschleunigung des Refursverfahrens, nämlich die Bildung fester Refursenate und die Errichtung eines neuen Refursenats, haben zwar eine Erhöhung in der Gesamtheit der erledigten Sachen zur Folge gehabt (von 18 415 auf 20 664), trotzdem wurden 12 459 unerledigte Refurse in das neue Jahr übernommen. (Vorjahr 10 829.)

Die Beschleunigung des Geschäftsganges hat also gar nichts genutzt und der Zustand besteht nach wie vor, daß die armen Verletzten monatelang auf die Erledigung ihrer Beschwerden in Furcht und Hoffnung bangen müssen. Das Reichsversicherungsamt braucht gar nicht besonders hervorzuheben, daß anlässlich des Rabodunglücks eine erfolgreiche Förderung der Entschädigungsfestsetzungen von ihm eingeleitet und erzielt wurde. Erst wenn eine solche rasche Förderung der Klagen in allen Refursachen durchgeführt würde, könnte man dem Amt Anerkennung zollen.

Von den zu bearbeitenden Refursen betrafen 24 710 = 75,6 pZt. Versicherte und 7936 = 24,4 pZt. Versicherungssträger. Erledigt wurden von den Refursen der

	Versicherten		Versicherungssträgern	
	absolut	in Proz.	absolut	in Proz.
Ueberhaupt	15256	61,8	5162	64,6
Durch Urteil	13953	91,5	4712	91,3
Durch Beschluß, weil unzulässig, verspätet usw.	1027	6,7	8	0,2
Durch Zurücknahme	276	1,8	442	8,5
Unerledigt blieben	9439	38,2	2839	35,4

Die Zahlen zeigen jedes Jahr deutlich das Uebergewicht der Berufsvereinigungen. Sie haben fast keine unzulässigen oder verspäteten Refurse, während die Arbeiter oft aus Unkenntnis der Besetze zu ihrem Schaden erfahren müssen, daß ihr Einspruch zu spät kommt. Die erhebliche Zahl der von den Versicherungssträgern zurückgenommenen Refurse zeigt, daß diese auch bei keineswegs aussichtslosen Klagen durch Einlegung des Refurses zu einer günstigeren Entscheidung kommen wollen, und der Vorwurf, der nach dieser Richtung hin den Arbeitern gemacht wird, fällt daher auf die Berufsvereinigungen zurück.

Den durch Urteil erledigten Refursen lagen als Streitobjekte zugrunde, in 990 Fällen, ob ein Betriebsunfall vorlag, in 1042 Fällen, ob der Unfall erntewar, in 1684 Fällen, ob ein Zusammenhang zwischen dem Betriebsunfall und der Erwerbsunfähigkeit anzunehmen war, in 3128 Fällen blieb der Grad der Erwerbsunfähigkeit strittig, in 1430 Fällen war die Frage, ob § 88 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes bzw. die gleichlautenden Paragraphen der andern Unfallversicherungsgesetze anwendbar waren.

Der Erfolg der Refurse war ein für die Verletzten äußerst minimaler. Es wurden 11 880 = 81,6 pZt. durch Bestätigung des angefochtenen Schiedsgerichtsurteils entschieden, 184 = 1,3 pZt. Fälle wurden zurückverwiesen und nur 2889 = 17,1 pZt. der Fälle erledigten sich zugunsten der Versicherten durch völlige oder teilweise Abänderung des Urteils. Die Versicherungssträger dagegen erreichten in 2449 = 53 pZt. der Fälle eine Abänderung des angefochtenen Urteils, während 51 = 1,1 pZt. zurückverwiesen und 2212 = 46,9 pZt. Urteile bestätigt wurden. Der Mißerfolg der Verletzten ist deutlicher sichtbar durch eine kleine Gegenüberstellung aus den letzten Jahren. Von den Klagen wurden entschieden bei den

Jahr	Versicherten		Versicherungssträgern	
	zu ihren Gunsten in Proz.	zu ihren Ungunsten in Proz.	zu ihren Gunsten in Proz.	zu ihren Ungunsten in Proz.
1904	22,3	77,7	51,6	48,4
1905	20,7	79,3	53,2	46,8
1906	18,4	80,8	52,4	46,7
1907	19,0	80,0	52,7	46,3
1908	17,1	81,6	52,0	46,9

Dem für die Verletzten so ungünstigen und die Berufsvereinigungen so günstigen Ausgang vieler Klagen liegen verschiedene Ursachen zugrunde. Eine der wichtigsten ist wohl, daß die Verletzten in sehr vielen Fällen keinen Vertreter vor dem Reichsversicherungsamt haben und auch nicht in der Lage sind, ihre Sache mündlich zu verfechten,

sei es, daß sie nicht redegewandt oder mittellos sind und daher die Reise nach Berlin nicht machen können.

Mehr als die Hälfte der Fälle mußte im verflossenen Jahre aus den Akten entschieden werden. Da hier wesentlich die Akten der Versicherungssträger in Frage kommen und die Verletzten vielfach auch nicht schreib- und geschult sind, erklärt sich ein Teil der offenbar ungerechtfertigten Abweisungen. Durch Anschluß an ihre Organisation können die Arbeiter hier Remedur schaffen.

Berichte aus den Bahnhallen.

(Die Schriftführer werden ersucht, das Papier stets nur auf einer Seite zu beschreiben und die Berichte innerhalb acht Tagen nach den Versammlungen einzusenden.)

Eisenberg i. Th. Eine öffentliche Volksversammlung hatte das Gewerkschaftskomitee in Eisenberg am 12. Mai im großen Saale des „Altenburger Hofes“ einberufen, in welcher Kollege Allmann über „Die gewerkschaftliche Brotproduktion und das Verhalten einiger Eisenberger Bäckermeister“ sprach. Allmann legte den Anwesenden klar, wie der Kleinbetrieb im Bäckerhandwerk immer mehr und mehr zum Großbetrieb übergehe, und er hält die Brotsteuerung für eine der Ursachen, die zur gewerkschaftlichen Brotproduktion geführt haben; eine andre findet er in den Vorteilen, die die maschinellen Einrichtungen des Großbetriebs gegenüber den manuellen des Kleinbetriebs bieten. Wichtig sei es aber nicht, wenn einzelne Eisenberger Bäckermeister die Gründung einer Konsumbäckerei zum Anlaß nahmen, den vor einem Jahre mit ihren Gesellen eingegangenen Tarif nicht mehr einzuhalten. Wichtig sei es gleichfalls nicht, wenn sie den Konsumvereinsmitgliedern keine Kuchen backen wollten; denn das, was die Bäckermeister den Arbeitern zum Vorwurf machen, der Zusammenschluß zu Genossenschaften, fände sich ja bei ihnen in der Einkaufsgenossenschaft und dgl. in demselben Maße. Zum Schluß forderte Allmann auf, die Konsumvereinsbäckerei nach Kräften zu unterstützen. In der Diskussion geißelten die Kollegen Auk und Bennhold-Gera das Verhalten des Bäckermeisters Fränkel in schärfster Weise, welcher seine Gehilfen nach dreizehn- bis vierzehntägiger Arbeitszeit noch als Ausfuhr benutzte und zum Danke dann, wenn die Kollegen spät nach Hause kommen und vor Müdigkeit zur Arbeit nicht wieder rechtzeitig aufstehen, im Bette tätigt durchprügelt. Einem Kollegen war nach dieser Mißhandlung der Hals ganz mit Kratzen bedeckt. Die Kollegen von Eisenberg sollten sich endlich ermannen und ihrer Organisation sich anschließen, damit der verloren gegangene Tarif wieder erobert werden kann! Darum hinein in den Verband; denn vereinzelt seid ihr nichts, vereint aber eine Macht!

Bezirk Frankfurt a. M. Die Sektionsversammlungen fanden in üblicher Weise statt. In Offenbach am 4. Mai sprach Kollege Kumeleit über „Taktik und Kampfmittel der Gewerkschaften und Unternehmervereine“. In Höchst am 5. Mai sprach Kollege Bierlinger über „Unsre nächsten Aufgaben“. In Frankfurt (Nachtarbeiter) am 6. Mai: Experimentalvortrag des Kollegen Kieß über „Die Bewegungen von Sonne, Mond und Sternen im Weltensraum“. (Fortsetzung in der nächsten Versammlung.) In Frankfurt (Tagarbeiter) am 8. Mai sprach Kollege Schlieder (Kombitor) über „Die Unfallversicherung“. Die Vorträge wurden beifällig aufgenommen. Den Bericht vom ersten Quartal 1909 gab Kollege Kumeleit in allen Versammlungen. Die Mitgliederzunahme beträgt 34. Dem Wunsche der Generalversammlung, eine Uebersicht der einzelnen Branchen trotz der Zusammenlegung zu einer Nacht- und einer Tagarbeitersektion herauszugeben, ist Rechnung getragen, und ist zu konstatieren, daß die Hilfsarbeiter nunmehr die zweitstärkste Branchengruppe bilden. Zur Verwaltung der Geschäfte waren nötig 11 Vorstandssitzungen, 8 Vertrauensmännerversammlungen, 1 Bezirkskonferenz, 1 Tarifsausschuss (Offenbach), 14 Mitgliederversammlungen, 1 Generalversammlung. Zur Bildung der Mitglieder fanden statt 1 Lichtbildervortrag, 8 Vorträge (3 wissenschaftlicher, 4 gewerkschaftlicher, 1 sozialpolitischer Natur). Für die Agitation wurden insgesamt 21 öffentliche, 2 Bezirks- und 6 Betriebsversammlungen arrangiert. 76 Aufnahmen wurden gemacht. Die Hausagitation wird ständig im Auge gehalten; leider beteiligten sich

Bäcker und Bäckereien in alter deutscher Zeit.

Noch heute findet man in Gegenden, die von der Kultur noch wenig berührt sind, die Herstellung des Brotes im Hause für jede einzelne Hauswirtschaft gesondert. Andererseits findet man in schon entwidelteren Gegenden, daß das Brot in rohem Zustande im Hause vollständig hergestellt und daß es bloß zur Durchführung des Backprozesses zum Bäcker gebracht wird. So finden wir durch viele Jahrhunderte hindurch das Bäckerhandwerk nicht zur vollen Entfaltung gelangen, weil es von der hausgewerblichen Herstellung des Brotes eingeengt war. Was zur Nahrung und Kleidung diente, wurde außerordentlich lange im Hause hergestellt. Die große Haushaltung, der Fronhof, hatte ihren eigenen Müllermecht und solange das Mahlen als Handbetrieb betrieben wurde, ihre eigene Mühlenmagd. Erst seitdem die Mühle ein mechanischer Betrieb geworden war, tritt der gewerbliche Müller auf. Dem Bäcker steht die Bäckerin zur Seite, was in jener Zeit die Vertiefung des Berufes nicht zu steigern vermochte. In dem Verzechnisse an ständigen unfreien Arbeitern in den großen Haushaltungen der kaiserlichen Pfälzen in der Karolingerzeit finden wir auch die Bäcker angegeben. Auch die angelsächsischen Könige und Edelhöfe führen die Bäcker besonders an. Aber wir sehen auch schon im neunten Jahrhundert zu Mainz eine besondere Verkaufsbedeckung, d. h. also als selbständiges freies Gewerbe tritt uns nun schon in jener Zeit die Bäckerei entgegen. Im Laufe der Jahrhunderte vollzieht sich eine Arbeitsteilung; so teilen sich die Bäcker in Grobbäcker, die kein Weizbrot noch Semmel oder Zwieback backen dürfen, und in Feinbäcker. Im Süden unterscheidet man die Pfisterer, die sich ursprünglich auf die Herstellung des köstlichen Feingebäcks beschränken, und den einheimischen Bäcker. Die Sondergewerbe scheiden sich oft in besondere Zünfte, doch bleiben sie hier und da auch in gemeinsamen Zünften vereinigt. Trotzdem man im Mittelalter außerordentlich auf die Zunfttreue hielt, trotzdem die Zunft durch geschworene Meister darauf sehen ließ, daß nur gute Ware geliefert wird und der sich dagegen verwehrende in Strafe verfällt, trotzdem bei Nahrungsmitteln eine solche Aufsicht durch die Obrigkeit unterstützt wurde,

die ebenfalls eine besondere Ueberswachung vollzog, trotzdem war nach den Aufzeichnungen seit dem 18. Jahrhundert die Zahl der unsoliden Handwerker nicht gering. So erinnert Moriz Heyne in dem schönen, leider unvollendeten, erst nach seinem Tode herausgegebenen Werke „Das alte deutsche Handwerk“, woran wir uns in unseren Darstellungen vielfach anlehnen, daß der Bruder Werthold von Regensburg in seinen Predigten oft von den unsoliden Handwerkern spricht, und so z. B. den Bäcker rügt, daß er den Teig mit Häfen aufschwemmt, so daß der Käufer Luft für Brot empfängt.

Zu den Gewerben, in am frühesten zu eigenst eingerichteten Werkstätten gelangten, werden von Heyne auch die Bäcker gerechnet, während vielfach in den ersten Jahrhunderten des Mittelalters wie heute noch in der Hausindustrie Wohnraum und Arbeitsraum miteinander zusammenfielen. Zu den Gewerben, die zuerst als Verkaufsgewerbe auftraten, werden auch die Bäcker gerechnet.

So sehen wir das Bäckerhandwerk als eines der ältesten Gewerbe erscheinen, aber andererseits finden wir, daß es vielfach mit der Konkurrenz des ursprünglichen Hausgewerbes zu rechnen hatte, das eben den eigenen Gebrauch an Nahrungsmitteln in der eigenen Hauswirtschaft vollständig befriedigen konnte. In unserer Zeit, wo dies aufgehört, sehen wir in den großen Konsumbäckereien in durchaus moderner Gestalt eine ähnliche Erscheinung, die vielfach auch auf den privaten Betrieb anregend zum Uebergang zum Großbetriebe gewirkt hat.

Fahrende Leute!

Hierunter verstehen wir bei den nachfolgenden Schilderungen nicht die rad- und automobilfahrenden Bäckermeister, sondern die Bäckergehilfen, welche auf den großen Ozeandampfern ihren Unterhalt fristen, und die Kollegen im Binnenlande werden sich wundern, wenn sie hören, welche große Masse von Kollegen auf den Schiffen in fast allen Arbeitskategorien zu finden sind. Sie alle werden meist durch lange Arbeitslosigkeit in den Hafen- und Seestädten dazu getrieben. Zunächst kommen die Schiffsbäcker in Betracht, dann die Kochmatts, ferner die Kochmatts und Bäcker in einer Person, und weiter eine große

Anzahl Bäcker unter dem Heizerpersonal. Letzteres in einem Maßstabe, daß den Schreiber dieses einmal ein zweiter Ingenieur fragte: „Sagen Sie mal, Bäcker, wie kommt es denn eigentlich, daß immer so viele ihrer Kollegen von ihrem Berufe abgehen und als Heizer fahren? Auf allen Schiffen, wo ich gefahren habe, waren immer mehrere Bäcker unter meinem Heizerpersonal. Im großen und ganzen bin ich immer mit diesen Leuten sehr zufrieden gewesen, weil sie vor den Feuerern gut arbeiten können!“ Ich konnte diesem Herrn natürlich nur zur Antwort geben, daß unsere miserablen Arbeitsverhältnisse daran Schuld sind. Außerdem gibt es aber noch eine ganze Anzahl Bäcker, welche als Stewards (Kellner), Zwischenbediensteten, Krankenwärter und Aufwäscher fahren, und ebenso als Proviantküper oder als Dampfbocke. Schließlich hat sich eine Anzahl auch als Köche ausgebildet. Es wird wohl nicht zu hoch gegriffen sein, wenn auf einem großen Dampfer mit ungefähr 250 Mann Besatzung manchmal 25 bis 30 Bäcker zu finden sind, wovon aber nur drei bis vier als gelernte Bäcker angemustert haben; die anderen verteilen sich, wie oben angegeben, auf die übrige Besatzung. Auf den noch größeren Schiffen mit 500 bis 600 Mann Besatzung ist der Prozentsatz noch höher. Auch die Konditoren stellen einen Teil von diesen Elementen. Hierzu gesellen sich dann weiter auf der Reise von Deutschland nach Newyork eine Anzahl deutscher Kollegen, welche als Passagiere nach Amerika fahren; viele kommen von London und auch von Paris in Cherbourg und Plymouth an Bord, um auf einem deutschen Schiffe über den großen Heringssteich zu fahren. Sie besuchen auch nachts meist einmal den Bäcker in seiner Wirkungsstätte.

Wer, wie Schreiber dieses, jahrein, jahraus diese Bewegung unter den Bäckern beobachten konnte, wer mit ansehen muß, wie nach jeder Reise in Newyork von allen Schiffen so viele desertieren und in Deutschland trotzdem immer wieder frische Leute an Bord kommen — besonders in den Sommermonaten —, der wird sich darüber wundern, daß unter den Bäckern in Deutschland stets eine so große Arbeitslosigkeit herrscht. Wenn diese Auswanderung nicht vor sich ginge, würde allerdings die Arbeitslosigkeit unserer Kollegen eine noch viel größere sein und jeder Kollege hätte wohl nur noch ein Jahr als Geselle

zu wenig Kollegen an dieser Arbeit. Ehrenpflicht eines jeden Mitgliedes ist es, durch Zuführung neuer Mitglieder oder Adressen von unorganisierten Kollegen die Organisation stärken zu helfen. Für 12 Kollegen wurde feste Arbeit vermittelt, für 15 Kollegen Ausbilsarbeit für 320 Tage. Der Martenumzug beträgt 7071 à 60 M und 15 à 25 M; davon entfallen auf Nachbäder: Frankfurt 4447, Tagbäder 692, Hilfsarbeiter 782, Konditionen 167; Offenbach insamt 612; Höchst 371 à 60 M, 15 à 25 M. Die Gesamteinnahmen von M. 5116,65, zuzüglich Kassenbestand vom vierten Quartal 1908 M. 5858,88, betragen M. 10 475,53, die Gesamtausgaben, einschließlich M. 1024,20 ausbezahlter Unterstufungen, M. 4770,10, so daß ein Kassenbestand von M. 5705,43 verbleibt. Trotz der anbauenden Krise und trotz der rigorosen Unterdrückungsversuche der Arbeitgeber ist ein Fortschritt zu verzeichnen. Derselbe befriedigt uns allerdings noch nicht, sondern es müssen alle Mitglieder sich ernsthaft vornehmen, die Zahl der Indifferenten zu verringern. Zwischenen wird dann die gelbe Schwärze und alle Sägenproteste an der Macht und Stärke unserer Organisation.

Gera i. M. j. L. Am 13. Mai fand eine öffentliche Versammlung im Restaurant Hainberg statt. Als Referent war der Verbandsvorsitzende O. Almann aus Hamburg erschienen, der über das Thema: „Die nächsten Aufgaben unseres Verbandes zur Verbesserung unserer Lebenslage“ referierte. In seinem anberthaltshaltigen packenden Vortrag ging er unter anderem auch auf die letzte Münchner Bewegung ein; er erläuterte hierbei die Wirkung der Klassen- und Minimalbühne und gab auch der Hoffnung Ausdruck, daß auf dem nächsten Verbandstage die heutige ungleichmäßige Beitragsweise mit geregelt würde. Almanns Ausführungen fanden lebhaften Beifall.

Bäckerei-Mißstände.

Der aufklärende Bäckermeister. Die „Mecklenburger Volkszeitung“ hatte den Bäckermeister Vogel in Rostock schwer getränkt, weil sie die Zustände in seinem Betriebe geschildert und letzteren des regen Gehilfenwechsels wegen mit einem Taubenschlag verglichen hatte. In seiner Hilflosigkeit lief er zur Redaktion und ersuchte sie, ihm eine Aufklärung für das Publikum aufzuschreiben. Da die Redakteure dies dankend ablehnten, so brachte er schließlich selber eine solche Aufklärung, in welcher gesagt und mit drei Unterschriften beglaubigt war, daß in seinem Betriebe nur zwölf Stunden pro Tag gearbeitet würde. Der Wechsel (in einer Woche mehrere Male) liege nur an der Unfähigkeit und Unordentlichkeit der Gesellen. Seine Aufklärung ist, wie wir hier betonen wollen, aber nicht zutreffend. Erst seitdem ein Mann mehr eingestuft wurde, ist die Arbeitszeit endlich auf zwölf Stunden beschränkt worden, und der häufige Wechsel ist in der Tat nur auf die immense Ausbeutung der Arbeitskräfte zurückzuführen, die sich eben niemand lange gefallen ließ. War doch insolge der vierzehn- bis fünfzehntägigen angestrengten Arbeit einmal ein Kollege direkt erkrankt. Die Verleumdungen, die Herr Vogel für die Arbeiter noch übrig gehabt hat, wollen wir ihm schenken; es genügt uns zunächst, daß es etwas besser bei ihm geworden ist; wir werden es erleben, daß er wohl oder übel auch noch weitere Zugeständnisse machen muß.

Polizei und Gerichte.

Der Vogel-Prozess in neuer Form? In seinem gelben Organ „Der Mund“ hat Lebius die Affäre Vogel zum Anlaß genommen, die leitenden Personen unserer Berliner Zählstelle schmächtig zu verächtigen. Die Affäre Vogel begann bekanntlich mit einem Prozeß, den Vogel, der Arbeitsvermittler der Bäckereinnung „Germania“, gegen Schneider, unsern Berliner Vorsitzenden, beantragte. Durch diesen Prozeß ist festgestellt worden, daß Vogel als Arbeitsvermittler für Bestechungen durch Arbeitssuchende zugänglich gewesen ist. Weil Vogel in demselben Prozeß die Annahme von Bestechungsgeldern bestritten hatte, so ist später ein Verfahren, zunächst wegen fahrlässigen Falsch-eides, gegen ihn eröffnet worden. Die Strafkammer kam jedoch auf Grund der Beweisaufnahme zu der Erkenntnis, daß Vogel des wissenschaftlichen Meineides verdächtig sei und

deshalb vor das Schwurgericht gestellt werden müsse. Obgleich daselbe Beweismaterial, welches nach Ansicht der Strafkammer den Verdacht des wissenschaftlichen Meineides begründete, auch dem Schwurgericht vorgetragen wurde, kamen die Geschworenen doch zu einem Freispruch. Lebius kam in seinem Blatte auf die Schwurgerichtsverhandlung zurück, und da er nun einmal die Aufgabe hat, die Leiter der freien Gewerkschaften zu beschimpfen und mit Schmutz zu bewerfen, so zog er den „fühnen“ Schluß: da die Geschworenen Vogel freigesprochen haben, so müssen sie überzeugt gewesen sein, daß die zwölf Zeugen, welche Vogel belästeten, zwölf Meineide geschworen haben, und diese Zeugen haben sich die Leiter des Bäderverbandes verschafft, um an ihrem Gegner Vogel Rache zu nehmen. — Lebius macht also nicht nur zwölf Zeugen, von denen die meisten in dem früheren Strafkammerurteil als einwandfrei bezeichnet wurden, den Vorwurf, sie hätten sämtlich Meineide geleistet, sondern er beschuldigt die Leiter des Bäderverbandes auch, diese Zeugen gedungen und zum Meineid verleitet zu haben.

Schneider und Gehshold als Leiter unserer Berliner Mitgliedschaft sowie einer der Zeugen aus dem Vogel-Prozess verklagten den Lebius wegen Beleidigung. Am Dienstag sollte die Klage vor dem Schöffengericht Charlottenburg verhandelt werden. Hier machte nun Lebius — wie aus den Ausführungen seines Verteidigers hervorgeht — den Versuch, sich der Verantwortung für seine Beschimpfungen dadurch zu entziehen, daß er behauptete, Schneider und Gehshold könnten sich nicht getroffen fühlen, denn — nicht sie, sondern der Verbandsvorsitzende Almann in Hamburg sei der Leiter des Verbandes. — Zur Entscheidung über diesen Einwand kam das Gericht noch nicht, denn die Verhandlung fiel der Vertagung. Lebius hatte, wohl für den Fall, daß er mit dem Einwand der mangelnden Aktiv-legitimation der Kläger nicht durchkam, neben einigen andern Zeugen den Sprechmeister Vogel geladen. Mit Rücksicht hierauf stellte Rechtsanwalt Dr. Heinemann als Vertreter der Kläger den Antrag, daß, wenn Vogel vernommen würde, er auf der Ladung sämtlicher Belastungszeugen aus dem Prozeß Vogel bestehen müsse.

Das Gericht hat über diese Beweisangebote noch nicht Beschluß gefaßt. Sollte es dieselben zulassen, dann haben wir im Rahmen einer Brittalbeleidigungsklage eine nochmalige Aufrollung der Affäre Vogel zu erwarten. Die Kläger können dadurch nur gerechtfertigt werden. Ob aber Herrn Vogel und manchem andern die Suppe schmecken wird, die ihnen ihr Gefinnungsfreund Lebius eingebrockt hat, das ist eine zweifelhafte Frage.

Bestrafter Sittlichkeitsverbrecher. In der am 3. Mai vor der Strafkammer stattgefundenen Verhandlung gegen den Führer in Leipzig, zuletzt in Gera als Bäcker beschäftigten jetzigen Hilfsarbeiter Hans Kiliig, der sich eines Sittlichkeitsverbrechens an seiner zwölfjährigen Stieftochter schuldig gemacht hatte, wurde derselbe trotz hartnäckigen Leugnens als überführt erachtet und zu zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt.

Gewerkschaftliche Rundschau.

ac. Jahresbericht des Internationalen Gewerkschafts-Sekretariats. Soeben ist der fünfte internationale Bericht über die Gewerkschaftsbewegung, umfassend das Jahr 1907, durch den Sekretär E. Legien herausgegeben worden. Leider ist der Bericht auch diesmal nicht ganz vollständig, weil die Berichte einiger Landeszentralen ausgeblieben sind. So sind im Berichtsjahre für die Niederlande, für welche in der Statistik von 1906 rund 130 000 organisierte Arbeiter angegeben waren, diesmal keine Zahlen angeführt, und für England mußten die Zahlen von 1906 wieder benutzt werden, da statistische Aufnahmen über den Stand der gewerkschaftlichen Bewegung daselbst nicht alljährlich gemacht werden. Von der Schweiz sind diesmal Angaben vorhanden, während solche in der Aufstellung von 1906 fehlten. Ferner ist für 1907 zum ersten Male Finnland mit 30 000 organisierten Arbeitern an der Berichterstattung beteiligt.

Das Gesamtbild der internationalen Gewerkschaftsbewegung zeigt uns für das Jahr 1907 nicht unerhebliche Fortschritte; die Mitgliederzunahme wird auf 487 091 berechnet. Es waren vorhanden Mitglieder in Organisationen im Jahre 1907 (die Mitgliederzahl für 1906 ist in Parantese beigefügt) in Deutschland 2 446 480 (2 215 165), England 2 106 283 (2 106 283), Oesterreich 501 094 (448 270), Italien 387 384 (273 754), Schweden 239 000 (200 924), Belgien 181 015 (138 116), Ungarn 142 030 (153 332), Schweiz 135 377 (135 377), Niederlande 128 845 (128 845), Dänemark 109 914 (98 432), Norwegen 48 215 (25 339), Spanien 32 612 (32 405), Finnland 32 000 (32 000), Bulgarien 10 000 (5000) und Serbien 5484 (5350). Hierzu käme noch Kroatien mit 8700 Mitgliedern. Für die dem Internationalen Sekretariat nicht angeschlossenen Länder resp. die Länder, die keinen Bericht geliefert haben, lassen sich die folgenden Angaben machen:

Es waren Gewerkschaftsmitglieder vorhanden in Frankreich (1904) 715 576, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 1 586 855, in Australien, einschließlich Neuseeland 213 136. In den 19 Ländern, für welche die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder bekannt ist, gehören den Gewerkschaftsorganisationen insgesamt an 8 029 980 Mitglieder. Soweit vergleichbare Zahlen für 1906 und 1907 vorliegen, läßt sich ein Rückgang in der Gesamtmitgliedszahl nur für Ungarn nachweisen. Der Mitgliederverlust entfällt hier jedoch nur auf die Organisation der Landarbeiter. Diese hatten 24 000 Mitglieder im Jahre 1906, dagegen 1907 nur 11 833 Mitglieder. Der Mitgliederverlust ist zum größten Teil auf Auswanderung zurückzuführen. Die Mitgliederzahl der Gewerkschaften in der Industrie, dem Handel und Verkehr, stieg auch in Ungarn von 129 332 im Jahre 1906 auf 150 192 im Jahre 1907. Die Mitgliederzahl der Organisationen der Landarbeiter scheint auch in andern Ländern erheblichen Schwankungen zu unterliegen.

In Rußland haben sich die Anfänge gewerkschaftlicher Organisationen, die nach den ersten Erfolgen der revolutionären Bewegung sich zeigten, nicht weiter entfaltet. In der Türkei keimt anscheinend der Gedanke gewerkschaftlicher Organisation.

Aus den Einzelberichten der Landeszentralen sei noch folgendes hervorgehoben:

In England haben Streiks und Aussperrungen in den letzten Jahren eine erhebliche Zunahme aufzuweisen. Von der Wirtschaftskrise ist England besonders schwer heimge sucht, weshalb ein besonderes Kapitel den Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gewidmet ist. Weiter wird im Bericht des Altersversicherungsgegesetzes Erwähnung getan, das mit dem 1. Januar 1909 in Kraft getreten ist und schon jetzt pro Woche rund M. 2 000 000 Ausgaben verursacht. — Die Gewerkschaftsbewegung der Niederlande ist durch die langjährige Herrschaft des Anarchismus in ihrer Entwicklung gehemmt worden; bis vor einigen Jahren waren alle dortigen Gewerkschaften mehr oder weniger nur lockere Verbindungen örtlicher Fachvereine. — Belgien zeigt recht gute Fortschritte in der Gewerkschafts-Organisation und beruht in großer Ausführllichkeit über jede einzelne Berufsorganisation. Die sozialpolitische Gesetzgebung, der ein großes Kapitel gewidmet ist, wird als gänzlich unzulänglich bezeichnet. — Dänemark weist seit vier Jahren einen ständigen Aufschwung auf. Diesem Fortschritt entsprechen auch die Erfolge, welche die Arbeiter auf gewerkschaftlichem wie auch sozialpolitischem Gebiete erzielten. — In Schweden stieg die Mitgliederzahl um 47 1/2 pSt.; in den letzten zwei Jahren betrug die Steigerung 104 000 Mitglieder. Lohnbewegungen waren recht zahlreich. An 1186 Konflikten waren 71 182 Arbeiter beteiligt. — Norwegen hatte eine Mitgliederzunahme von 50 pSt. zu verzeichnen. Das Jahr war reich an Konflikten mit den Unternehmern. Der bedeutendste unter diesen, die Aussperrung der 5000 Arbeiter in der Papierindustrie, endete damit, daß die Arbeiter eine Lohnerhöhung von jährlich 300 000 Kronen erreichten. — Relativ die stärkste gewerkschaftliche Entwicklung hat in den letzten Jahren Oesterreich zu verzeichnen. Hier wurden 186 000 neue Mitglieder aufgenommen, von denen allerdings nur 52 824 den Organisationen treu blieben. Nach den amtlichen Erhebungen haben im Berichtsjahr 998 Arbeitsstellen und 21 Aussperrungen in 3300 Betrieben stattgefunden; die Zahl der beteiligten Arbeiter betrug rund 275 000. Italien zeigt eine

in seinem gelerntem Berufsarbeit. Kommt man in New York unter die Kollegen in ihren Meetings (Versammlungen) und Picnicks (Vergnügungen), so findet man durchweg nur Deutsche, meist wird deutsch gesprochen und es macht den Eindruck, als wenn man in einer Großstadt Deutschlands wäre. Der größte Teil ist aber, wie gesagt, von den deutschen Schiffen ausgerückt. Ist es doch schon vorgekommen, daß sämtliche Schiffsbäder auf einmal „gemußt“ sind. Jedenfalls nicht, weil es ihnen an Bord zu wohl geworden ist! „Grüne“, „Grünhörner“ (neu Eingewanderte) werden schließlich auch immer in den Tageszeitungen gesucht — im Sommer mitunter 60 bis 80 an einem Tage; es sind aber immer die schlechtesten bezahlten Stellen, die man ihnen anbietet. Wenn man in Amerika auch immer noch mehr verdient als in Deutschland, so muß man aber auch bedenken, daß das Leben dort viel teurer ist und andere Ansprüche an jedermann gestellt werden. Die Zahl der Bäder wird ja auch noch durch die Einwanderer, welche mit den englischen und französischen Schiffen ankommen, vermehrt, so daß besonders New York im Sommer tatsächlich von unseren Berufskollegen überfüllt ist und viele Ergiszenzen zu grunde gehen. Es ist also dort trotz mancher Lichtseite auch viel Schatten, und das Beste ist schließlich von allem, daß wenigstens die Arbeitszeiten ziemlich geregelt sind. Der Arbeitstag beträgt meist 10 Stunden, auch eines wöchentlichen Ruhetages erfreut sich ein wesentlicher Teil der Kollegen und hat seinen Wert schätzen gelernt. Diese geregelten Verhältnisse trifft man jedoch mit Gewißheit nur dort, wo die Organisation ihren Einfluß ausübt! Und deshalb ist es notwendig, daß vor allem jeder Kollege vor seinem Weggang über den großen Heringssteich seine Mitglieds-pflichten im deutschen Verbands erfüllt und drüben sich sofort zu einer der Unions anmeldet, weil ihm nur diese gute Stellen nachweisen können.

Dem Schreiber dieses war es aber auch vor allem darum zu tun, durch diese Zeilen die seefahrenden Kollegen selber einmal an ihre Organisationspflicht zu erinnern. Denn es ist eine traurige Tatsache, daß sich viele derselben fast gar nicht mehr um ihren Verband kümmern. Fragt man einen Kollegen an Bord, so erhält man zur Antwort: „Ja, als ich an Land war, war ich auch im

Verband — aber jetzt hat es doch keinen Zweck!“ Solche traurige Worte bekommt man fast stets zu hören, aber alle diejenigen, die so sprechen, bedenken nicht, daß sie nur vorübergehend auf den Schiffen tätig sind und aller ihrer Rechte verlustig gegangen sind, wenn sie wieder an Land arbeiten wollen. Und sie bedenken nicht, daß sie die Pflicht haben, auch von Bord aus dafür zu sorgen, daß die Arbeitsverhältnisse an Land bessere werden, und daß sie selber bei einer guten Organisation aller seefahrenden Kollegen auch für ihre eigenen Arbeitsverhältnisse Vorteile herauszuschlagen könnten. Wenn die unzähligen Bäder, Konditionen, Kochmaats, Kochmaatsbäder usw. in ständiger fester Organisation untereinander und mit ihren Kollegen an Land verbunden wären, so würde ihr Los mit Leichtigkeit ein leichteres werden können. Deshalb müssen wir alle denkenden Kollegen, die an Bord gehen, auffordern, vor allem selber der Organisation treu zu bleiben und bei jeder Gelegenheit auf dem Schiffe dafür einzutreten, daß das Zusammengehörigkeitsgefühl, die Solidarität, von allen gepflegt wird! Der Schreiber dieser Zeilen würde es auch gern sehen, wenn sich noch mehr Kollegen zu dieser Frage äußern würden und einmal ein Meinungsaustausch darüber zu stande käme, in welcher Weise sich ein Zusammenhalt der seefahrenden Kollegen aller Branchen am leichtesten bemerkstelligen ließe. **S i n S c h i f f s b ä d e r.**

Worte.*

Von Ernst Preetzang.

Sei nicht so gefällig und blind
Und sage,
Daß die Menschen gemüßlos sind.
Sie haben Worte, mein Kind,
Worte,
Die wie Balsam sind.
Bescheiden trete ich ins Kontor.
Der Herr Crete
Steckt die Feder sofort hinter's Ohr:

* Aus der Gedichtsammlung „Im Strom der Zeit“ von Ernst Preetzang, erschienen bei J. S. W. Dieck Nachf. in Stuttgart.

„Naah?!“
— Wollte mal fragen, ob vielleicht Arbeit da. —

„Hä? Ob Arbeit wär?“
Bedauere sehr!“

Ein andermal
Komme ich in euren Arbeitsaal,
Wo der Herr Werkmeister,
Wie sich's gebührt,
Müßternd auf und ab spaziert.
Guten Tag zu sagen
Hatte ich keine Zeit.
Er sah mich mit grimmigen Augen an
Und rief aus der Ferne schon:
„Tut mir leid!
Tut mir leid!“

Zuweilen auch trifft es sich so,
Daß ein kleiner Drehsessel-Dehrling
Allein im Bureau.
Er tut sehr gewichtig,
Nimmt das Hauptbuch untern Arm:
„Wir sind sehr beschäftigt.“
Dann fragt er dich aus
Wie ein Gendarm.
Endlich kriecht er sich hinterm Ohr:
„Om, hm. — Sal Mein lieber Mann,
Ich hätte gern etwas für Sie getan.
Da aber die Handelsausfichten ruhn,
Kann ich leider für Sie nichts tun.“

Und die Frauen nun gar!
Eine der zarten Seelen,
Die Prinzipalin war,
Rief sich mein ganzes Leben erzählen.
Dann drückte sie mir voll Mitleid die Hand
Und seufzte:
„Ich habe einen gekannt,
Dem ist es gerade wie Ihnen gegangen.
Schließlich hat er sich aufgehangen.“

Also sage nicht, mein Kind,
Daß die Menschen gemüßlos sind.

Starke Steigerung der Landarbeiterorganisationen. Von den Streiks entfielen auf die Landwirtschaft 288 mit 184 167 Streikenden, auf die Industrie 2041 Streiks mit 269 827 Streikenden. Die übrigen Länder können wir wegen ihrer geringen Gewerkschaftsbewegung übergehen. Ueber die deutsche Gewerkschaftsbewegung braucht an dieser Stelle nicht besonders berichtet werden, da diese den Lesern ja bekannt sein dürfte. Nur soviel sei bemerkt, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung jetzt auch in der absoluten Mitgliederzahl an der Spitze der internationalen Gewerkschaftsbewegung marschiert.

k. Die elfte Generalversammlung der Lagerhalter tagte vom 9. bis 12. Mai in Frankfurt a. M. Neben den Vorstandsmitgliedern waren 59 Delegierte anwesend. Der deutsche und österreichische Transportarbeiterverband war durch Gäste vertreten. Unser Verband, der ebenfalls eingeladen war, konnte keinen Vertreter entsenden. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine hat die Einladung, wie gewöhnlich, dankend abgelehnt.

Nach dem Vorstandsbericht hat der Verband im Vorjahre eine Mitgliederzunahme um 187 erzielt und betrug die Mitgliederzahl Ende 1908 2140. Von den ca. 5000 in Deutschland beschäftigten Lagerhaltern sind nun ungefähr 45 pSt. dem Verband angeschlossen.

Lohnkämpfe mit Streiks hatte der Verband naturgemäß nicht zu führen. Durch Tarifverhandlungen mit einzelnen Vereinen gelang es ihm aber, in mehreren Orten für die Mitglieder Erfolge — teils Gehaltssteigerungen, teils Arbeitszeitverkürzungen — zu erzielen. — Eine nicht gerade erfreuliche Erscheinung ist, daß Verbandsmitglieder auch unter Maßregelung zu leiden hatten. Sechs Anträge auf Gewährung von Gemäßregelungenunterstützung und 43 Gesuche auf Gewährung von Rechtschutz gingen im Vorjahre ein. Diese zeigen, so heißt es im Vorstandsbericht, wie wenig verschieden das genossenschaftliche Arbeitsverhältnis vom Arbeitsverhältnis zwischen Privatunternehmer und seinem Personal ist.

Nach dem Rassenbericht beträgt das Gesamtvermögen des Verbandes M 45 000. Die Einnahmen und Ausgaben pro 1908 beliefen sich bei einem Rassenbestande von M 1252,40 auf M 28 917,11. An Mitgliederbeiträgen wurden im Vorjahre M 27 187,50 vereinnahmt. Ausgegeben wurden für Agitation M 684,99, für Gerichtsosten M 899,60, für Umzugsunterstützung M 943, für Gemäßregelungenunterstützung M 487,50.

An die Geschäftsberichte schloß sich eine längere Diskussion, in der man mit der Tätigkeit des Vorstandes zufrieden war. Kritisiert wurde die Ausübung der Frauen und Kinder der Lagerhalter durch die Vereine und polemisiert man gegen Ausführungen v. Elms auf Genossenschaftstagen, die die Gegner ausgenützt hätten. Eine ganze Reihe Redner besprachen das Verhältnis der Lagerhalter zur Mafseier und kritisierten dabei das Verhalten von Konsumvereinsverwaltungen, die den Lagerhaltern Schwierigkeiten machten, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern. In Frankfurt a. M. haben die Lagerhalter im Gegensatz eines Beschlusses des Gesamtpersonals freiwillig gearbeitet und wurde zur Begründung angeführt, infolge der Krise sei keine Aussicht auf eine imposante Mafseier vorhanden gewesen und würde am Sonnabend der größte Teil der Arbeiter Lohnzahlung haben. Dies Verhalten wurde von einigen Rednern nicht gebilligt.

Ueber den wichtigsten Punkt der Tagesordnung, der die Gemüter der Lagerhalter wieder aufs neue erregt: Die Tarifgemeinschaft mit dem Zentralverband deutscher Konsumvereine, referierte Wammes-Leipzig, der den von der letzten Generalversammlung abgelehnten Dienstvertrag besprach. Die ersten Paragraphen des Dienstvertrages würden nur Vorteile für die Lagerhalter bringen, anders der § 8. Nach diesem Paragraphen wird dem Lagerhalter ein Manko oder Ueberschuß bis zu ¼ pSt. des abgelieferten Warenerlöses gutgeschrieben oder er damit belastet. Ein etwaiges über ¼ pSt. des abgelieferten Warenerlöses hinausgehendes weiteres Manko hat der Lagerhalter zu ersetzen und auf einen über ¼ pSt. hinausgehenden Ueberschuß keinen Anspruch. Damit sind die Lagerhalter nicht einverstanden, sie verlangen, daß der gesamte Ueberschuß und das gesamte Defizit, oder mindestens ½ pSt. des Erlöses, auf das nächste Geschäftsjahr übertragen werden. Auch der Referent wendete sich gegen diese Bestimmung, er bat aber, aus Rücksicht auf die Vorteile, die der Vertrag für viele Kollegen in kleinen Konsumvereinen bringe, ihn anzunehmen.

Die Debatte über diesen Punkt wurde sehr scharf geführt. Einzelne Redner sprachen für Aufhebung des Beschlusses der letzten Generalversammlung und für Annahme des Dienstvertrages, andre halten an dem früheren Standpunkt, der § 8 sei unannehmbar, fest. Ein eingereicherter Vermittlungsantrag Frankfurt a. M. will dem Dienstvertrag einen neuen Paragraphen anfügen, daß bestehende bessere Verträge durch den vorliegenden Vertrag nicht beeinträchtigt werden dürfen.

Behauptet wird auch, der Zentralverband deutscher Konsumvereine habe nicht die Macht, die Vorteile, die der Dienstvertrag bringe, in den einzelnen Vereinen durchzusetzen. Die mit den Vätern und Transportarbeitern vereinbarten Tarife würden oft nicht eingehalten.

Bei der Abstimmung, die namentlich ist, wurde ein Antrag, die Resolution des letzten Verbandstages aufzuheben, mit 32 gegen 32 Stimmen abgelehnt; es bleibt somit bei dem Leipziger Beschlusse, nach dem der Dienstvertrag verworfen wird.

Einen breiten Raum der Verhandlungen der Generalversammlung nahm die Statutenberatung und der Ausbau der Unterstützungsanstalten ein. Nach einer fast endlosen Debatte wurde die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschlossen und der wöchentliche Unterstützungsatz auf M 15, für die Dauer von 13 Wochen, festgesetzt. Die Einführung einer Kranken- und Sterbeunterstützung wurde verworfen. Aus den weiteren Beschlüssen heben wir noch hervor: Der Höchstfuß der Umzugsunterstützung wurde von M 50 auf M 75 und die wöchentliche Gemäßregelungenunterstützung von M 15 auf M 18 erhöht. Der monatliche Beitrag soll nun M 1,75 (bisher M 1,25) betragen und ein zweiter Beamter angestellt werden. Das Verbandsorgan, die „Monatsblätter“, wird künftig den Titel „Lagerhalter-Zeitung“ führen. Die neuen Bestimmungen des Statuts treten am 1. Juli 1909 in Kraft.

Aus den weiteren Verhandlungen der Generalversammlung ist noch ein Referat des Vertreters der Generalkommission, Genossen Bauer-Berlin, über die neue Reichsversicherungsordnung hervorzuheben. Bauer betonte einleitend, die Gewerkschaften hätten die Pflicht, zu dem Entwurf einer Reichsversicherungsordnung Stellung zu nehmen, denn ihre Mitglieder seien die am meisten interessierten Kreise. Der Entwurf eröffne wunderbare Perspektiven; den Wünschen des Zentralverbandes deutscher Industrieller ist Rechnung getragen worden, während man die Wünsche der Versicherten nicht beachtet hat. Bauer besprach dann ausführlich die einzelnen Zweige der Reichsversicherungsordnung und zeigt an Hand der einzelnen Bestimmungen, welche enormen Verschlechterungen der Entwurf für die Arbeiterschaft bringt, und wie die Regierung geneigt ist, alle Rechte der Versicherten mit Füßen zu treten. — Der Extrait der Ausführungen des Referenten ist in einer Resolution niedergelegt, die einstimmige Annahme fand.

Damit waren die wichtigsten Arbeiten der Generalversammlung erledigt. Die nächste soll 1911 in München tagen.

Massenkündigung in der Dampfmühle zu Darmstadt. Der Inhaber der hiesigen Dampfmühle A. Neu, Herr Wolf, hat eine ganz besondere Art, berechnigte Forderungen seiner Arbeiter unerfüllt zu lassen. Vor einigen Tagen richteten die Müller und Heizer der Dampfmühle, im ganzen 16 Personen, Forderungen ein, die vor allem darin gipfelten, die in diesem „modernen“ Betriebe noch vorherrschende elfstündige Arbeitszeit auf zehn Stunden herabzusetzen und daneben eine sehr minimale Lohnaufbesserung eintreten zu lassen. Raum war der Herr im Besitze dieser bescheidenen Wünsche, als er einen Schlag gegen die Arbeiter zu führen versuchte, der aber Dank der Solidarität und Einigkeit der in Betracht kommenden Müller glänzend abgewehrt werden konnte. Herr Wolf legte nämlich den Arbeitern seines Betriebes einen Vertrag vor, in dem sie sich unter schriftlich verpflichteten, ein weiteres Jahr zu den seit hergehenden Bedingungen weiter zu arbeiten. Diesmal hat Herr Wolf doch neben das Nest gelegt, und sein Versuch, die Arbeiter einzeln klein zu bekommen, ist mißlungen. Sämtliche Arbeiter bis auf zwei wiesen das Ansuchen zurück und erhielten ihre Kündigung. Nur ein Müller und ein Heizer, denen es, wenn ein Erfolg errungen wird, sicher nicht an Mut gebricht, diesen mit einzufrieden, machten eine Ausnahme und glauben ihren Brotgeber, der ihnen Gelegenheit gibt, täglich elf und zwölf Stunden zu schufteln, nicht verlassen zu dürfen. Von den Arbeitern darf erwartet werden, daß sie den ihnen aufgezwungenen Kampf geschlossen und einig durchführen, um dem Herrn Wolf einmal zu zeigen, daß er wohl viel vermag, die vereinigten Arbeiter aber noch mehr. Zugang nach hier ist streng fernzuhalten.

Aus dem Innungslager.

Wahlen für Ausschüsse in der Innung Frankfurt a. M. In der am Freitag, 14. Mai, stattgefundenen Wahl der Ausschüsse für das Geleiten- und Kolbergswesen sowie des Behringswesens wurden die Verbandskollegen einstimmig gewählt. Da der Innungs Vorstand die Wahlbohrnahme dieser Ausschüsse ablehnte, wurde die Wahlhandlung durch den Geleiten-ausschuß in die Wege geleitet.

Die Innungs-Krankenkasse Frankfurt a. M. Wiederum müssen wir berichten, daß der Herr „Geschobene“ immer noch nicht glaubt, daß die Gesellenvertreter auch noch Rechte besitzen. Am 20. April hatte der Kassenvorstand der Innungskasse Generalversammlung einberufen, gegen den Willen unserer zwei Vorstandsmitglieder, denen dieser Tag nicht günstig war; um so günstiger schien aber den Herren Meistern ihr Zweck zu sein. Bekanntlich fanden an diesem Tage die Demonstrationen für den Ruhetag statt; unsere Vertreter demonstrierten doppelt: gegen die unvorschriftsmäßige Einberufung der Generalversammlung durch einmütiges Fernbleiben von derselben und für den Ruhetag durch Teilnahme an unseren Versammlungen. Trotzdem frohlockt das Organ „Frankfurter Wäcker- und Konditorzeitung“ in Nr. 13 vom 1. Mai, daß die Tagesordnung ordnungsgemäß erledigt wurde. Auf eine seitens der Vertreter an die Aufsichtsbehörde gerichtete Anfrage knieft Herr Driffler und erklärt, es konnten keine Beschlüsse gefaßt werden wegen Abwesenheit der Kassenvorstandsvertreter. — Wer mag nun der „Geschobene“ gewesen sein? — Ueber die Stellungnahme der Kassensmitglieder zu den Unterschlagungen des Mendanten werden wir noch berichten.

Aus christlicher und gelber Werkstatt.

Die Auflösung des gelben Bundes in Württemberg. Raum zwei Jahre hat es gedauert, bis der gelbe Bund in Württemberg am Ende seines Latein angekommen war. Es existiert heute dieser Zweigverband nicht mehr. Am 22. April beschästigte sich eine Vorstandssitzung, zu welcher Delegierte von Ulm, Eßlingen, Gmünd erschienen waren, in Stuttgart mit dem Thema: „Kann der Bund nach den jetzigen Vorkommnissen noch weiter bestehen?“ Die „Vorkommnisse“ sind zweifellos in dem Schuldcheinenverfahren der Leimruten zu suchen. Diese Schuldcheine haben wenig Anklang bei den Schwaben gefunden. Die Ulmer Bundesbrüder haben sie einfach fortgeworfen und sind aus dem Bunde ausgetreten. Die Eßlinger haben die Scheine verbrannt und sich noch lustig gemacht über die Geldnot ihrer „eigenen“ Organisation.

Vor allem soll die Verbandsitzung sich mit der Frage der Beitragsleistung an die Hauptkasse beschäftigt haben. Wischnöbski scheint die auf den Bundestagen festgesetzten Beiträge verlangt zu haben. Es wurde festgestellt, daß von dem Zweigbund Württemberg noch keine Beiträge abgeliefert worden sind. Die „lieben Schwaben“ (soviel sollen es gewesen sein) nahmen diese Angelegenheit jedoch durchaus nicht tragisch. Sie haben nach uns zugegangenen Informationen die auswärtigen Delegierten für ihre Fahrt und sonstigen Auslagen aus Mitteln der Bundeskasse entschädigt, und damit soll der ganze Kassensbestand erschöpft worden sein. (1) Wischnöbski wird also lange auf den Bundesbeitrag warten können. Dieses ist die Entwicklung der mit großem Tamtam ins Leben gerufenen Scheinorganisation.

Schon bei Gründung des Zweigvereins haben wir es vorausgesehen, daß dieses Gebilde nicht lebensfähig ist. Damals glaubte Kälberer noch, mit diesem Mittel den Verband niederschmettern zu können. Jedoch Wilhelm der Beschmetterer hat sich getäuscht. Zunächst hatte er noch Zeit, die Sache zu unterstützen (natürlich nicht finanziell, wenigstens insoweit, als seine Person in Frage kommt), aber unsere Leser wissen ja, daß er heute das schwere, aufreibende Amt eines Stadtwaters bekleiden muß, das mitunter derart anstrengt, daß man bei der Arbeit einschummern kann. Auch sieht die Innungsleitung, daß die gelbe Organisation ihren Zweck nicht erfüllt, und der f + t Verband sicher und unaufhaltsam vorwärts schreitet. Man hat also kein Interesse mehr daran, den Bund weiter am Leben zu erhalten.

Eigentlich bestand er in Wirklichkeit nie, sondern nur dem Namen nach. Die Gehilfenvereine ließen sich durch die Hartmännischen Redensarten fangen und nahmen den Titel Bundesverein nur an, weil sie überhaupt alles beschließen, was ihnen von den Herren Meistern als richtig und notwendig eingegeben wird. Den Bund zu leiten, war für die geistigen Leuchten ein Ding der Unmöglichkeit. Vor einem Jahr wurde der erste württembergische Bundestag in Ulm abgehalten. Die verschrobensten und hanebüchlichsten Ansichten kamen da zum Vorschein. Sogar „Wünsche“ wurden den Innungen unterbreitet, welche heute noch und jedenfalls in alle Ewigkeit von diesen einer wohlwollenden Ermüdung unterzogen werden, aber niemals ihre Verwirklichung finden. Heute gehört der Ulmer Verein dem Bunde nicht mehr an. Er ist offiziell ausgetreten. Dieses Jahr sollte nun der zweite Bundestag in Heilbronn stattfinden, und in der Innungszeitung wurden die Mitglieder aufgefordert, Anträge zu stellen. Die Vorstandsmitglieder scheinen in Verlegenheit um eine Tagesordnung zu sein, und es berührt eigenartig, daß wieder „Wünsche“ auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen, wo die vorjährigen noch nicht erfüllt sind. Aber man befürchtete mit vollem Recht, daß man durch solche Bundestage, auf denen man vorgibt, die Interessen der Mitglieder zu vertreten, durch Forderungen die Kollegen begehrt macht. Tatsache ist, und zwar bei jeder Wiederholung mehr, daß den Kollegen die Augen geöffnet werden, daß alles nur ein Komödientenspiel ist und die Darsteller herzlich schlechte Komödianten sind. Der Heilbronner Gehilfenverein, der bei dem Bundestag die Gastgeberrolle spielen sollte, befürchtet sich um die Sache überhaupt nicht. Er hielt es nicht mal für notwendig, einen Delegierten zur Vorstandskonferenz nach Stuttgart zu schicken, und so ist der württembergische Bund ebenso sanft einschlämmt, wie weiland der geistige Urheber desselben auf dem Rathaus.

Sie ruhen in Frieden! Wieder ist eine Säule von dem „stättlichen Gebäude“ gestürzt, das der nun auch abgestürzte Buchdrucker Hartmann mit seinen Handlangern errichtete.

Wer jedoch glaubt, daß damit die württembergischen Wäckergeleiten von ihrer irrigen Ansicht, auf gültlichem Wege durch gutes Einbernehmen mit den Meistern ihre Lage zu verbessern, endgültig kurziert sind, täuscht sich ganz gewaltig. Ein großer Teil derselben wird weiter in Vermögensvereinen sich von eigenmächtigen Führern an der Nase herumführen lassen, und nur durch zähe und unabhängige Aufklärungsarbeit unsrerseits kann es gelingen, die württembergischen Kollegen von der Notwendigkeit der Organisation zu überzeugen. Das Ziel kann aber nur erreicht werden, wenn jeder einzelne seine ganze Kraft einsetzt. Dieses Versprechen wollen wir uns geben am Grabe des württembergischen „Gelben Bundes“.

Auf zu neuer Arbeit und zu neuem Kampf! z.

Die Urkundenfälschung in den Danziger „Neuesten Nachrichten“ Wir berichteten vor kurzem, daß in den Danziger „Neuesten Nachrichten“ irgend ein gelbes Subjekt sich eine breite Urkundenfälschung hatte zu schulden kommen lassen, indem es in die Spalten dieses Blattes eine frei aus den Fingern gefogene Abbitte unsers Redakteurs an einen der gelben Hauptlinge in Danzig lancierte. Die Angelegenheit ist ja dem Staatsanwalt übergeben und wollen wir zunächst dessen Schritte abwarten. Heute wollen wir aber auch das Verhalten des von dem Schwindelgeleiten benutzten Organs würdigen, dem auf Grund des § 11 des Preßgesetzes eine Verächtigung in Form einer Erklärung durch den Verächtigten zugegangen war, und die das Blatt natürlich bringen mußte, wenn es dabei auch beschwieg, daß es zu der Verächtigung gezwungen worden war. Die Expedition des gelben Kreisfreiberichters, die es sonst mit der Legitimation von Inserenten peinlich genau nimmt, wenn es sich darum handelt, einer Arbeiterorganisation die Öffentlichkeit zu unterbinden, hat in diesem Falle, nämlich von dem gelben Schwindelinsatzerfasser, keinerlei Ausweis verlangt, obgleich ein solcher hier doch unter allen Umständen notwendig gewesen wäre, da der angebliche Aufgeber Weidler ja in Hamburg seinen Sitz hat! Hatte der Wäcker, der Inserat und Geld brachte, ein gar so ehrliches oder gar zu bekanntes Gesicht?

Literarisches.

Das Reichsregiment auf der Anlagebank. Die Reichstagsrede des Genossen Dr. David zum Etat des Reichsfanzlers ist als Agitationsbrochure im Verlage der „Volkszeitung“, Mainz, erschienen. Sie gibt einen klaren Ueberblick über die großen Fragen der innern Politik, die zurecht im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen. Mit schneidendem Hohn wird das klägliche Versagen des Wilow-Nocks in Sachen der Finanzreform und Verfassungsreform gegeißelt. Auch sind die Enthüllungen über die Geheimkonferenz der Grubenherren von hervorragender agitatorischer Bedeutung. Zum Schluß stellt Dr. David dem korrupten herrschenden System die großen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Forderungen der Sozialdemokratie in überaus wirksamer Weise entgegen. Der Preis ist in Partien bezogen: 10 000 Exemplare M. 500, 1000 Exemplare M. 60, 100 Exemplare M. 7. Der Preis des einzel Exemplars beträgt 15 A.

Die Natur und die Wirkungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Ein Vortrag, gehalten vor Berliner Arbeitern, von Eduard Bernstein. Preis 20 A. Buchhandlung Vorwärts.

„In freien Stunden.“ Die Hefte 16 und 17 sind erschienen und bringen die Fortsetzung des Romans „Kenilworth“ von Scott sowie die Skizze „Trinette“ von Heijermans. Preis pro Heft 10 A. Probenummern frei vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68.